PROTOKOLL

über die 30. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr,
am Donnerstag, 25. November 1982, im Rathaus, 1. Stock hinten, Gemeinderats-
sitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Anwesend:

VORSITZENDER:

Bürgermeister Franz Weiss

VIZEBÜRGERMEISTER:

Heinrich Schwarz

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber
Karl Feuerhuber
Konrad Kinzelhofer
Manfred Wallner
Leopold Wippersberger
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner
Roman Eichhübl
Franz Enöckl
Walter Heumann
Karl Hochrathner
Karl Holub
Dr. Kurt Keiler
Wilhelm Kern
Walter Köhler
Herbert Lang
Hermann Leithenmayr
Otilie Liebl
Johann Manetsgruber
Franz Mayr
Rudolf Pimsl
Josef Radler

Franz Rohrauer
Erich Sablik
Erwin Schuster
Herbert Schwarz
Ernst Seidl
Rudolf Steinmaßl
Franz Steinparzer
Otto Treml

VOM AMT:

Magistratsdirektor Ober-
senatsrat Dr. Johann Eder
Magistratsdirektor-Stellver-
treter Senatsrat Dr. Knapp
Kontrollamtsdirektor Ober-
amtsrat Alfred Eckl
Rechnungsdirektor Oberamts-
rat Ludwig Stary
OAR. Walter Kerbl
OAR. Helmut Riedler
Techn. Direktor TAR. Ing.
Wolfgang Wein
Dr. Kurt Schmidl

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR. Walter Radmoser
VB Gerda Gugenberger

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

Wi - 219/82	Kulturzeitschrift "Oberösterreich"; Einschaltung einer Werbeanzeige im Heft 4/82.
ÖAG - 5835/82	Hotel Nagl - Dienstwohnung Ctvtrtnik; Installationsarbeiten.
GHJ 1 - 5737/82	Stadttheater Volksstraße 5; Erneuerung der Holzkonstruktion beim Orchestergraben und Ankauf von Notenpulten.
Wa - 5856/65	Versickerung Stadtgutteich; Ausarbeitung eines Gutachtens von Dipl.-Ing. Flögl; Restzahlung.
Ge - 4874/82	Monika Kastner, Cafe im Standort Steyr, Pfarrgasse 18; Kleingewerbeförderung.
En - 5326/82	Straßenbeleuchtung Parkplatz und Zugang zum Allg. Öffentl. Landeskrankenhaus Steyr; Elektromaterialankauf.
En - 5354/82	Errichtung der öffentlichen Straßenbeleuchtung bei der Eisenbahnunterführung der Neuschönauer Hauptstraße beim Isabellenhof; Elektromaterialankauf.
En - 1570/71	Resthof II/D; Beleuchtung der Zugangswege.
FW - 2456/72	Katastrophenhilfsdienst - Atemschutzfahrzeug; Unterbringung.
FW - 4946/82	Erneuerung des Hydranten im Kreisgerichts-Gefangenenhaus Steyr.
Arch - 4067/82	Ankauf der Forschungsergebnisse über Steyrdort - Wehrgraben von AR. Helmut Begsteiger.
Ha - 4513/80	Prof. Ferdinand Kastner; Film über Michael Blümelhuber; finanzieller Zuschuß.
K - 5209/81	Alfred Kaulich; Kunstkatalog; Druckkostenbeitrag.
GHJ 2 - 5937/82	VS Wehrgrabengasse 22; Erneuerung der Hofausgangstüren.
GHJ 2 - 5963/82	Austausch eines Zentralheizungskessels samt Ölbrenner in der Plenkbergsschule.
GHJ 1 - 6003/82	Ankauf eines Schneeräumschildes samt Zubehörteilen für Hakotrak 1400 der Stadtgärtnerei (Winterdienst).
GHJ 2 - 312/82	Schaden im Bühnenbereich des Stadttheaters Steyr, Volksstraße 5; Behebung.

Wa - 5114/81	Sanierung Annawehr; Nachtragsanbot Nr. 1; Antrag auf Vergabe; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 1. 4. 1982.
Ha - 5678/80	Gewährung eines Gemeindedarlehens an den GWG-Mieter Walter Moser, Bergerweg 6/21, für den Grundkostenbeitrag.
Bau 3 - 1240/81	Steiner Straße; weitere Regulierung.
GHJ 1 - 5041/82	Erneuerung der Telefonanlage im Amtsgebäude Redtenbachergasse 3.
SH - 5100/82	Weihnachtsaktion 1982 für Sozialhilfebezieher.
Ha - 6022/82	Verein "Ferienheim der OÖ. Gemeindebediensteten"; Gewährung einer Subvention zur Führung des Ferienheimes in Bad Aussee.
Pers - 922/82	Personalvertretung beim Magistrat Steyr; Gewährung eines Darlehens zur Aufstockung der Darlehenskasse.

V e r h a n d l u n g s g e g e n s t ä n d e :

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

- 1) Präs - 798/82 Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung 1982 an Mitglieder des Österr. Roten Kreuzes.
- 2) VerkR - 489/76 LiWeSt I - Änderung des Gesellschaftsvertrages.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 3) Pers - 760/82 Verbesserung der Beförderungsrichtlinien.
- 4) Pers - 597/82 Dienstalterszulage; Änderung.
- 5) Sport - 3671/70
SchuVI-4756/70 Ausbau der Höheren Technischen Bundeslehranstalt in Steyr; Sicherung der Ausbaumöglichkeiten; Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses vom 30.11.1972, Sport - 3671/70.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

- 6) Ges - 15/82 Benennung einer Aufschließungsstraße auf der Gfl. 14/3, KG Hinterberg, in "Messererstraße".
- 7) Ges - 15/82 Benennung eines Straßenzuges im Bereich Bergerweg/Bahndammstraße in "Ing. Karl Jenschke-Straße".
- 8) K - 17/82 Fassadenaktion 1982 - III. Abschnitt.
- 9) Bau 5 - 2531/82
Bau 5 - 2762/82
Bau 5 - 5371/82
Bau 5 - 300 Erneuerung der Dachindeckungen an den Objekten Gleinker Gasse 10, Berggasse 24 (Promenade), Sierninger Straße 48 und Michaelerplatz 14 mit Biberschwanzziegelmaterial.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

- 10) GHJ 2 - 5098/82 Lieferung und Einbau einer Rauchgasbrandmeldeanlage für das Zentralaltersheim.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL FEUERHUBER:

- 11) Bau 6 - 1781/76 Hauptsammler A/1. Teil - Lauberleiten und Pumpwerk A; Erd- und Baumeisterarbeiten; Überschreitung der Auftragssumme.
- 12) Ha - 2388/76 Reinholdungsverband Steyr und Umgebung; BA 02 und BA 03 - Förderung durch das Land Oberösterreich; Haftungsübernahme.
- 13) ÖAG - 2323/80 Ankauf der Grundparzellen 1576/1 und 1575/3 KG Föhrenschacherl, von Josef Krenn, Steyr, Weinzierlstraße 5.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

- 14) ÖAG - 6216/76
Stadtwerke Erdgasliefervertrag - vertragliche Preisvereinbarung für 1983; Anhebung der Bereitstellungsmenge ab 1. 10. 1982.
- 15) ÖAG - 4188/82
Stadtwerke Stadtwerke Steyr; Jahresbilanz 1981.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

- 16) Bau 3 - 6690/81 Hangsanierung Lauberleiten; Baukostenüberschreitung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT-LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 17) Gem X - 1616/76 Lustbarkeitsabgabeordnung 1982; Neufassung.
- 18) Bau 3 - 5993/80
Bau 6 - 3099/82 Straßen- und Kanalbau für die Unterführung Neuschönauer Hauptstraße beim Isabellenhof.
- 19) Bau 6 - 5886/82 Anna Zelenka-Straße; Übernahme der Grundstücke 446/2 und 445/4 in das öffentliche Gut; Refundierung der Anschließungskosten.
- 20) Ha - 5968/82 ATSV Stein; Gewährung einer außerordentlichen Abvention zur Sanierung des Sportplatzgebäudes.
- 21) Ha - 3600/81 Nachtragsvoranschlag 1981.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Gemeinderates, meine Herren der Presse und der Beamtenschaft, vor allem liebe Gäste!

Vor Eingang in die ordentliche Tagesordnung unserer heutigen Gemeinderatsitzung möchte ich die Gelegenheit ergreifen, einige Besucher unter uns willkommen zu heißen, die aus ganz besonderem Grund heute bei dieser Sitzung anwesend sind. Ich darf besonders herzlich Herrn Generaldirektor der Bank für Arbeit und Wirtschaft, Kommerzialrat Flöttl, unter uns begrüßen. Ich begrüße Dich sehr herzlich.

Applaus

Ich heiße in weiterer Folge in Begleitung des Herrn Generaldirektors Herrn Oberprokurist Dr. Gruber willkommen.

Applaus

Den Ihnen allen bekannten Disponenten und örtlichen Direktor der Filiale Herrn Obergruber,

Applaus

und Herrn Prof. Kies mit seiner Tochter.

Applaus

Warum die Gäste hier sind, haben Sie sicher schon erkannt, denn hinter mir hängt etwas an der Wand, was vorläufig noch verdeckt ist und heute in Form einer Enthüllung präsentiert wird. Ich darf darauf zurückkommen, daß anlässlich der Eröffnung der BAWAG-Filiale in Steyr, im Meditzhaus, im April 1980, im Jubiläumsjahr, ein Gespräch zwischen Herrn Generaldirektor Flöttl und mir stattgefunden hat, wobei ich namens der Stadt die Bitte aussprach, ob nicht eine so renommierte Bank, die weit über die Grenzen Österreichs hinaus bekannt ist und wirtschaftlich verbunden ist, zum Jubiläum eine Stiftung geben könnte. Sie wissen ja, daß die Wiener Städtische Versicherung im Festsaal sich mit einem Gobelin verewigt hat. Auf die Frage, was wir uns dabei vorstellen, vertraten wir die Meinung, wir möchten für den Gemeinderatsaal ein Bild, das die Stadt Steyr in irgend einer Form repräsentiert. Herr Generaldirektor Flöttl hat diese Bitte unverzüglich aufgegriffen und hat Herrn Prof. Kies mit der Fertigstellung eines Bildes betraut. Herr Generaldirektor, ich möchte nicht über die Kosten sprechen, obwohl der Betrag, gemessen an den Möglichkeiten der Bank für Arbeit und Wirtschaft sicher nicht ins Gewicht fällt, aber für uns die Anschaffung durch einen Beschluß des Gemeinderates sehr wohl eine sehr große Ausgabe gewesen wäre, gemessen an unseren finanziellen Möglichkeiten und Grenzen. Ich freue mich deswegen so sehr, weil dadurch wieder bewiesen ist, daß die BAWAG, die bekanntlich in Wien oftmals durch Ausstellungen und Galerien auch kulturell glänzt, den Künstlern auf Wiener Boden immer wieder eine Chance bietet, sich zu offerieren und zu präsentieren und daß die BAWAG auch über Wien hinausgegangen ist und der Stadt Steyr in der Form eine Referenz erweist, daß sie diese Stiftung gewährt hat. Herr Generaldirektor, ich danke Dir sehr herzlich für diese Einstellung, wir wissen Sie zu würdigen. Ich darf auch darauf verweisen, daß die Stadt Steyr schon Zeiten gesehen hat, wo es nicht möglich war, über Beträge in dieser Größenordnung oder über Bildbeschaffungen dieser Art zu reden, weil die Menschen hier die Menschen aus den täglichen Bedürfnissen heraus andere Sorgen hatten und sich auch die Gemeindeväter sich mit Problemen dieser Art nicht beschäftigen konnten, sondern stündlich mit den Nöten und Sorgen der Steyrer befaßt wurden. Umsomehr freut es uns, daß wir immer noch in einer Zeit leben, in der die Stadt wirtschaftlich so weit floriert, daß wir wenigstens davon reden können, daß Steyrer nicht Not leiden müssen oder nicht Armut haben. Dazu gehört eine gewisse

geistige und kulturelle Bereicherung und eine dieser Bereicherungen ist sicherlich auch die Stiftung dieses an der Wand befindlichen Bildes.

Herr Prof. Kies ist auf Wiener Boden kein Unbekannter. Zu seinen Jahrgangskollegen gehören immerhin auch Lemden, Fuchs und alle diese Künstler in diesem Lebensalter. Damit wurde auch seitens der BAWAG ein Künstler beauftragt, der einerseits die Schule dieser Zeit repräsentiert, andererseits aber auch und das möchte ich nicht verschweigen, weil es besonders würdigungswert, gerade in einer Stadt wie Steyr, daß sich der Künstler den Vorstellungen der Stadt, unseren Vorstellungen über die Gestaltung eines Bildes, in weitestem Maß angeschlossen hat und seine künstlerischen Fähigkeiten auf diese Art und Weise entbietet. So darf ich Dir, lieber Herr Generaldirektor, zu diesem Anlaß sehr herzlich danken für die damalige Zusicherung, dafür danken, daß es nunmehr gelungen ist, diese Zusicherung umzuwandeln in die Tatsache und ich darf Dich insbesondere bitten, wenn die Stadt Steyr mit Wünschen an Dein Institut herankommt, diese sorgfältig zu prüfen und Möglichkeiten zu suchen, wie man der Stadt und ihren Bürgern in guter Weise helfen kann.

In diesem Sinne darf ich Dich bitten, die Freilegung des Bildes vorzunehmen, um den Damen und Herren des Gemeinderates die Möglichkeit zu geben, erstmals das Kunstwerk zu sehen. Herzlichen Dank dafür.

Applaus

GENERALDIREKTOR KOMMERZIALRAT FLÖTTL:

Hochverehrter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Mitglieder des Stadt-senates, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich freue mich, daß ich heute, nach etwas mehr als 2 1/2 Jahren, wieder bei Ihnen Gast sein darf in der Stadt Steyr, die eine so langjährige Geschichte hat. Es sind ja schon 1000 Jahre, die 900 Jahre, die ich im Ohr gehabt habe, stammen aus dem vorherigen Bild, das wir gesehen haben. Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit auch dafür bedanken, daß Sie so freundlich waren, uns so aufzunehmen. Unsere Filiale ist heute ein integrierter Bestandteil in der Wirtschaft Steyrs, wir sind Ihr Wirtschaftspartner, und darauf sind wir sehr stolz. Ich freue mich, daß wir Kunden in Steyr gewonnen haben. Wir haben auch einen Filialleiter genommen, der sozusagen aus Ihren Reihen kommt, wir hätten es nicht gewagt, einen Nicht-Steyrer da hineinzusetzen, in eine so geschichtsbewußte Stadt wie Steyr. Die Stadt Steyr mit ihrer 1000jährigen Geschichte spiegelt ja wie keine andere Stadt österreichische Geschichte in ihrem ganzen vielfältigen Umfang wider, mit dem ganzen vielfältigen Umfang, dem Widerspruch, dem Leiden und den Folgen, die Österreich hinter sich gebracht hat. Ich darf die Gelegenheit, wo der Stadtsenat bzw. Gemeinderat voll versammelt hier ist, dazu benützen, nur ein paar wenige Sätze zu sagen über unser eigenes Haus, das ich Ihnen vielleicht noch einmal nahebringen darf. Wir sind mit unserer Geschichte nicht so alt wie die Stadt Steyr, wir haben nur die Geschichte der Ersten und Zweiten Republik, mit der sind wir allerdings sehr eng verbunden. Wir wurden 1922 vom seinerzeitigen ersten Staatskanzler der Ersten Republik und dem Erbauer der Zweiten Republik Dr. Karl Renner gegründet. Es war dies eine Zeit, in der die sozialen Auseinandersetzungen mit äußerster Härte ausgetragen wurden, in einer Weise, wie es die jüngeren Mitglieder des Gemeinderates und Stadt-senates sich gar nicht mehr vorstellen können, wie es damals war. Aus Ihrer eigenen Geschichte der Stadt Steyr werden Sie ja wissen, wie es damals war. In dieser schwierigen Zeit hat sich unsere Bank gut entwickelt und als wir 1934 aus rein politischen Gründen liquidiert wurden, konnten wir mit großem Stolz berichten, - darauf weisen wir immer wieder hin - daß wir sämtliche Einleger unserer Bank zu 100 % befriedigen konnten, obwohl wir zwangsweise die Aktiven versilbern mußten. Das war in der damaligen Zeit gar nicht so selbstverständlich. Nach 1945 wurden wir 1947 wieder gegründet. Die Zeit nach 1945 war eine ganz andere, die politische Landschaft hat sich ganz verändert. Während Österreich der Ersten Republik

ein Land war, zu dem viele gar keine Beziehung gewinnen konnten, viele haben die Existenz und Lebensfähigkeit dieses Landes angezweifelt und nicht für möglich gehalten. Ein Rumpfstaat, der aus einem großen Raum der Geschichte, die Sie selbst in Ihren Mauern repräsentieren, spiegelt das wider, ist übriggeblieben. Nach 1945 hat sich das politische Bewußtsein völlig verändert, die Menschen haben zu diesem Österreich eine Beziehung gewonnen und alle wiederaufbaubereiten Kräfte haben sich damals zusammengeschlossen und wir haben einen weiten Weg zurückgelegt. Ich sage bewußt, 30 Jahre Geschichte. Wenn Sie die Erste Republik sehen, Inflation. Wenn wir heute von Inflation sprechen, so ist das gemessen an der damaligen Zeit, eine Lächerlichkeit. Wir haben damals, als der Schilling saniert wurde, ich glaube 1924, 10.000 Papierkronen für einen einzigen Schilling tauschen müssen. Wir haben im Jahre 1926, die ja eine Aufschwungzeit war, ca. 220.000 Arbeitslose gehabt, das war normal, aber 220.000 Arbeitslose bezogen auf eine viel geringere Beschäftigungszahl. Heute ist die Beschäftigungszahl viel größer, denn die Frauen sind heute in den Arbeitsprozeß integriert. Als dann die Weltwirtschaftskrise ausgebrochen ist 1929 und in den dreißiger Jahren, die Sie hier in Steyr mit besonderer Härte verspürt haben wir 6 mal hunderttausend Arbeitslose in Österreich gehabt. Das ist eine Ziffer, die man sich heute überhaupt nicht mehr vorstellen kann. Ich darf vielleicht noch eine Zahl sagen, gemessen an dem Weg, den wir zurückgelegt haben. 1948 hat es in Österreich 1,8 Millionen Beschäftigte gegeben, unselbständig Erwerbstätige. Jetzt sind es etwa 2,8 Millionen unselbständig Erwerbstätige! Eine Million neue Arbeitsplätze bei etwa gleicher Bevölkerungszahl, das ist eine große Leistung. Ich habe gestern eine Sitzung im Generalrat der österreichischen Nationalbank miterlebt, wo Prof. Koren berichtet hat über ein Prüfungsergebnis eines internationalen Gremiums, wo Österreich attestiert wurde in einer Weise, wie man sie sich nicht vorstellen kann. Diese internationalen Prüfer sagten dort, daß Österreich eine Beschäftigungszahl hat, die außerordentlich ist, gemessen an der internationalen Situation, wir haben die niedrigste Preissteigerungsrate Europas, Österreich hat das Leistungsbilanzdefizit, das wir bisher hatten, ausgeglichen. Also ein Bonitätsgrad, den kaum jemand in Europa so ohne weiteres aufweisen kann. Nur die Schweiz ist noch besser wie wir. Wir Österreicher sind bereit, unser Licht unter den Scheffel zu stellen. Ich habe allerdings das Gefühl, in einer Stadt wie Steyr, wenn ich für die Menschen hier spreche, ist das Geschichtsbewußtsein viel stärker verwurzelt. Und wenn ich mit dem Herrn Bürgermeister gesprochen habe und sehe, wie er von dem alten Haus, in dem er wohnt, spricht, mit welcher Liebe, mit welcher Beziehung zur Geschichte, die in jedem dieser Häuser wohnt, dann sehe ich daraus, wie sehr eine so gewachsene Stadt viel mehr in der Vergangenheit wurzelt, als vielleicht eine Großstadt, wo die Zeit schneller läuft. Ich sage diese Zahlen nur deshalb, damit man sich der Relativität bewußt wird. Es geht uns unglaublich gut, so sehr es schlecht geht und so sehr die Arbeitsplätze umkämpft sind, wenn man internationale Vergleichsmaßstäbe anlegt. Für uns hat diese unglaubliche Entwicklung Österreichs, dieser ständige Auf- und Überholprozeß zum modernen Industriestaat und alle Kennziffern, die Sie heute im internationalen Vergleich sehen, zeigen deutlich, daß wir alles überholt haben, selbst die Bundesrepublik Deutschland im Bezug auf die Zuwachsraten, im Bezug auf das Bruttonationalprodukt, im Bezug auf Produktivität. Nur Japan hat eine stärkere Zuwachsrate. Das alles geht unter in der Tagespolitik. Es waren das nicht nur die letzten 10 Jahre, es sind die letzten dreißig Jahre, die Österreich zurückgelegt hat, es war ein weiter Weg. Unser Haus hat sich in diesem weiten Weg natürlich nicht verschließen können, im Gegenteil, es hat sich weithin geöffnet. Wir hatten im Jahre 1962 eine Bilanzsumme von 2,6 Milliarden, wir hatten 1971 11,4 Milliarden und im Jahre 1981 89 Milliarden Schilling. Damit möchte ich Ihnen einen Begriff machen, welchen weiten Weg wir zurückgelegt haben. Wenn wir amerikanische Kollegen bei uns haben, ist es für sie völlig unvorstellbar, wieso funktioniert das, wie kann das funktionieren? Da gebe ich immer eine Antwort, und zwar, in diesem Weg, den Österreich gemacht hat, hat es drei Faktoren gegeben. Der erste Faktor war

nach 1945, daß sich das berufliche Bewußtsein Österreichs verändert hat. Man hat zu diesem Staat, obwohl er mehr zerstört war, nichts hat funktioniert, es gab keine staatliche Ordnung, mehr Vertrauen bekommen. Vieles war zerstört, die Industrie lag darnieder, aber das Bewußtsein hat sich verändert. Das zweite Faktum war, daß uns die Amerikaner den Marshall-Plan gegeben haben, eine großartige Entwicklung, die es ermöglicht hat, die Kredite in Anspruch zu nehmen, und von diesen Krediten leben wir heute noch. Die Rückzahlung dieser Kredite fließt nicht nach Amerika zurück sondern bleibt im Land und wir können wieder daraus zinsgünstige Kredite geben, das ist unerschöpflich. Noch heute ist dieser Marshall-Plan wirksam. Und das dritte Faktum – das war sicher das Entscheidende – war, daß es damals eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung gab, es gab keine Richtungs-gewerkschaften mehr, sondern es wurde ein gemeinsamer Gewerkschaftsbund, wo alle politischen Kräfte des Landes zusammengefaßt waren, geschaffen. Das war eine Kraft, die es ermöglichte, unglaubliche sozialpolitische Errungenschaften zu realisieren, ohne daß deshalb dabei in den politischen Kämpfen um die Verteilung des Erlöses das Land dabei fast zugrunde ging, wie, wenn wir in der Umwelt schauen, es überall ist.

Verzeihen Sie mir diesen Ausflug in die Geschichte, aber ich habe mir gedacht, in einer so geschichtsbewußten Stadt wie Steyr, darf ich mir das erlauben, daß ich das erwähne. Diese Entwicklung hat ermöglicht, daß auch unser Haus, eine Bank der Gewerkschaften, sich so weithin der Wirtschaft öffnen konnte, daß wir heute mit der Wirtschaft auf allen Ebenen im engsten Kontakt sind, wo immer sie heute hinschauen, sind wir engagiert. Der "Trend", eine wirtschaftspolitische Monatszeitschrift, hat im Februar veröffentlicht die 50 größten "Kracher", die es in der Republik Österreich gegeben hat, wir sind bei keinem einzigen dabei – das ist unser geheimer Stolz. Wir haben auch noch etwas anderes gemacht, wir haben aus der Not eine Tugend gemacht, wir haben unser kleines Filialstellennetz übersprungen, in dem wir eine Organisation ins Leben gerufen haben, das sind die Betriebssparvereine. Hier beginnen schon die Verbindungen zum Herrn Bürgermeister, zum heutigen Herrn Bürgermeister, der ja damals Betriebsratsobmann in den Steyr-Werken war. Er war einer der ersten Obmännergründer dieser Betriebssparvereine und heute darf ich Ihnen sagen, haben wir fast 3.000 Betriebssparvereine in ganz Österreich, in allen Ländern, in allen Städten und Gegenden, wo wir sonst gar nicht in Geschäftsverbindung stehen. Wir haben damals in diesen Betriebssparvereinen auch diesen BZK-Kredit ins Leben gerufen. Eine Aktion, in der wir Kredite an unselbständig Erwerbstätige zugezählt haben, ohne daß wir die Leute persönlich gekannt haben, nur auf Empfehlung des Betriebsrates. Da haben mir damals viele Leute gesagt, Ihr werdet Eurer Waterloo erleben. Das Gegenteil ist der Fall, die Betriebsräte sind ja verantwortungsbewußte Menschen, die wissen was wirtschaften heißt, wie man mit Geld haushalten soll. Aber der größte Erfolg, den wir überhaupt gehabt haben, wir haben in diesen letzten 10 Jahren 285.000 Kredite zugezählt mit einem Bruttovolumen von 18 Milliarden Schilling an unselbständige Arbeitnehmer. Wir haben, das wage ich zu behaupten, den kleinen Mann in Österreich kreditwürdig gemacht. Das war einer unserer Erfolge. Kollege Weiss war damals einer der Mitbegründer dieser Aktionen, und daher wollte ich nicht versäumen, das zu erwähnen. Die Menschen danken es uns, daß wir in der Vergabepaxis immer wieder sehr sehr streng waren. Man durfte keine eigene Zweigstelle eröffnen, darum sind wir so spät nach Steyr gekommen, da mußte man eine Zustimmung des Finanzministers haben. Es war also ein schwieriger Weg. Aber als das dann frei war, ungefähr 1978, da hatten wir bereits 28 Außenstellen. Jetzt haben wir 106! – wir haben uns also sprunghaft entwickelt. Aber die große Frage war, ob solche Investitionen auch ankommen bei den Menschen, honorieren die das? Ich darf Ihnen sagen, in den letzten zwei Jahren hatten wir einen Zugang bei den Spareinlagen weit über dem Bundesdurchschnitt, das vier- bis fünffache des Bundesdurchschnittes. In der absoluten Größe ist das ein Sparzuwachs von 10 Milliarden Schilling. Das ist der Dank dieser Aktionen, die wir damals gesetzt haben in den Betrieben, damit wurden wir bekannt. Ich wollte diese kleine Exkursion in die Geschichte der BAWAG

nicht versäumen, die Gelegenheit wahrnehmen, Ihnen diese nahezubringen. Als wir endlich nach Steyr kommen konnten, war im Zuge der Eröffnungsfeierlichkeiten das Gespräch mit dem Herrn Bürgermeister, was kann man machen, um ein würdiges Präsent für das Jubiläum der Stadt Steyr zu geben? Da sind wir auf dieses Ölbild gekommen und ich möchte sagen, dieses Bild ist ein Dokument aus dieser Zeit. Es ist ein Künstler, der in dieser Zeit wurzelt, der aber versucht hat, in der Geschichte unterzutauchen und die Stadt Steyr wiederzugeben. Den Auftrag, dieses Bild zu malen, haben wir an Prof. Helmut Kies vergeben, der zu den bedeutendsten Vertretern der Schule des fantastischen Realismus zählt. Er ist ein Absolvent der Akademie der angewandten Künste und ist vor allem mit seinen fantastischen Landschaften hervorgetreten, die ihm auch internationale Anerkennung gebracht haben. Es gibt ein ganz bezauberndes Bild, das mich angeregt hat, ihm das Bild von Steyr zu übertragen, und zwar ein Bild von Regensburg. Man muß oft ins Ausland gehen, um wieder in die Heimat zurückzukommen. Er hat hier viel mehr geschaffen wie nur die einfache Wiedergabe, er hat versucht, die einzigartige Atmosphäre der Stadt Steyr im Bild einzufangen und ich hoffe, daß Sie meiner Meinung zustimmen werden, daß es sich gelohnt hat, 2 1/2 Jahre auf dieses Bild zu warten. Ich weiß, daß Bürgermeister Weiss und mit ihm der Gemeinderat kämpfen um die Arbeitsplätze. Es geht um 800 Menschen im BMW-Werk, in den Steyr-Werken usw. Es gibt hier eine Menge Aktivitäten, um die Sie kämpfen. Aber eines ist er auch gewesen, er war Kulturstadtrat und hat sich dieses Ressort behalten. Das mag alles seine Auswirkungen haben, daß wir auf ein Bild gekommen sind als Stiftung. Wir wollen damit auch ein wenig die Kunst fördern. In diesem bemerkenswerten Rathaus in dieser überaus schönen Stadt – ich muß das immer wieder erwähnen, von dieser Stadt bin ich begeistert, vom Stadtplatz mit den verschiedensten Baustilen, das ist ein Juwel, das Sie hier haben, das man viel mehr bekannt machen sollte – in diesem Rokokosaal hoffe ich, daß dieses Bild, das wir jetzt gemeinsam enthüllen wollen, einen guten Platz findet.

Ich möchte auch, daß das gute Verhältnis, das wir haben, durch unseren Herrn Obergruber, den ich Ihnen noch mehr an das Herz legen möchte, damit vertieft, ausgebaut und erweitert wird, In diesem Sinne möchte ich dieses Kunstwerk der Obhut der Stadt übergeben. Herr Bürgermeister, ich darf Sie bitten, mit mir die Enthüllung vorzunehmen.

Applaus

(Übergabe des Bildes an Bürgermeister Weiss)

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Herr Generaldirektor, ich bedanke mich herzlich für die Stadt, für den Gemeinderat, für die Stiftung dieses Bildes. Sie sehen selbst, daß die künstlerische Freiheit von Herrn Prof. Kies lediglich im Ballon und in diesem Vogel existiert. Das ist schon sehr viel, wenn man heute den fantastischen Realismus in irgend einer anderen Form sieht Herr Professor, Ihnen möchte ich danken, daß Sie Steyr so darstellen, beinahe wahrheitsgetreu wie in einer Fotografie. Spätere Gemeinderatsgenerationen werden sagen, so hat Steyr ausgesehen im Jahre 1980, als diese Stadt 1000 Jahre alt wurde. Ich glaube, es ist ein Dokument unserer Zeit, zur Erinnerung für spätere Generationen an dieses Jubiläum. Herr Generaldirektor, ich danke nochmals sehr herzlich dafür.

Applaus

Ich habe heute bereits ein neues Gespräch begonnen, denn ich hoffe, mit Hilfe der BAWAG, ein Modell für den Wohnbau in Steyr schaffen können, das – zwar abweichend von den bestehenden Vorstellungen der Wohnbaugewaltigen – etwas volksnaher und mietenfreundlicher gestaltet werden kann. Wenn uns dann dieses Gespräch

auch so gelingt, wie jene vom ersten Gespräch bis zur Freigabe dieses Bildes, dann bin ich persönlich sehr froh für die Steyrer Bevölkerung.

GENERALDIREKTOR KOMMERZIALRAT FLÖTTL:

Herr Bürgermeister, ich darf mich verabschieden, ich weiß, Sie haben hier noch hohe politische Geschäfte zu erfüllen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich darf Sie aber vor dem Verlassen des Saales noch bitten, sich in das Ehrenbuch der Stadt einzutragen.

(Die Ehrengäste tragen sich in das Ehrenbuch der Stadt Steyr ein).

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Der Herr Generaldirektor hat erklärt, wenn wir für dieses Bild einen anderen Rahmen wünschen, wird er gerne bereit sein, die Kosten dafür zu übernehmen.

Applaus

GENERALDIREKTOR KOMMERZIALRAT FLÖTTL:

Werter Gemeinderat, Herr Bürgermeister, ich darf mich verabschieden. Wir stehen gerne zur Verfügung, wir sind ja ein Dienstleistungsbetrieb, das heißt, wir stellen unseren Dienst zur Verfügung und wir werden uns sehr bemühen, die Beziehungen zu Steyr noch zu vertiefen. Den Werdegang des Herrn Bürgermeisters betrachte ich als Brennspeigel, was Österreich in den letzten dreißig Jahren für einen weiten Weg gegangen ist. Ich möchte mich nochmals herzlich bedanken und Dich als Symbol für unseren Werdegang in Österreich sehen. Herr Bürgermeister, herzlichen Dank für die freundliche Aufnahme. Auf Wiedersehen.

(Die Ehrengäste verlassen um 14.50 Uhr die Sitzung).

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, ich darf nunmehr zur ordentlichen Tagesordnung übergehen. Diese einstündige Verspätung hat sich sicher ausgezahlt. Ich begrüße Sie zu dieser Sitzung sehr herzlich. Die Beschlußfähigkeit ist gesichert, als Protokollprüfer für heute werden vorgeschlagen die Herren Gemeinderäte Sablik und Radler. Ich sehe dagegen keinen Einwand. Entschuldigt für heute sind Herr Vizebürgermeister Fritsch, der bekanntlich in Spitalsbehandlung ist, die Herren Gemeinderäte Mag. Zagler, Reisner und Mausz. Ich bitte, diese Entschuldigungen auch dem Protokoll einzuverleiben.

In der Abwicklung der Tagesordnung wäre nun die Behandlung von allfälligen Anfragen zu behandeln, es liegt aber keine Anfrage vor, dieser Punkt erübrigt sich. Was die Mitteilungen des Bürgermeisters betrifft, möchte ich kurz darauf verweisen, wie ich schon vorher erwähnte, Kollege Fritsch befindet sich in Spitalsbehandlung und ich werde ihm mit Ihrem Einverständnis die besten Genesungswünsche übermitteln. Am Freitag stand bekanntlich im Vordergrund der hiesigen Öffentlichkeit der Besuch des Herrn Bundeskanzlers, der zunächst die Firma GFM besuchte, anschließend die Steyr-Werke und am Nachmittag die BMW-Fabrik.

Zur GFM darf ich erfreulicherweise mitteilen, daß die Berichte der Unternehmensleitung sehr erfreulich sind. Die Exportquote liegt bei 99 %, die Beschäftigungsauslastung ist eine volle und die Auftragseingänge lassen bereits das gesamte Jahr 1983 überschauen und reichen bereits bis in das Jahr 1984. Ich wäre sehr froh, Ihnen sagen zu können, derselbe Zustand trifft auch für andere Unternehmen zu,

was mir leider nicht möglich ist.

In einem Rundgang konnten wir uns überzeugen von den wirklich sehr weitreichenden technologischen Neuerungen und Leistungen der Firma GFM, das wurde auch bei den Gesprächen immer wieder herausgestellt.

Die Arbeitsmarktsituation ist leider nicht so, daß ich hier nur erfreuliche Dinge berichten kann. Eine letzte Aufstellung von Mitte November dieses Jahres zeigt, daß die vorgemerkten Arbeitssuchenden bereits die Zahl von 1.576 erreicht haben, und wenn wir die freien Stellen gegenüberstellen, so sind es 78 freie Stellen, so ist bereits die Relation gegeben, daß auf einen freien Arbeitsplatz 20 Arbeitssuchende kommen. Ich möchte das deswegen dem Gemeinderat zur Kenntnis bringen, weil damit aktualisiert werden die Fragen der externen Lage der Region Steyr zum Zentralraum, die externe Lage in den Verkehrsbeziehungen, was schließlich und endlich nicht unerheblich ist für die wirtschaftliche Situation in der Arbeitssituation Steyrs. Die sonstige Situation am Arbeitsmarkt zeigt, daß besonders in dieser Jahreszeit die Bauwirtschaft betroffen ist, daß der Metallsektor zwar nicht im gleichen Ausmaß, aber auch mit einigen Abgängen rechnen muß und wenn ich hier wiederum sage, daß die Steyr-Werke nicht nur 200 Kündigungen ausgesprochen haben, die mit Ende Oktober wirksam wurden, sondern viel gravierender scheint mir der Umstand zu sein, daß monatlich durch Nichtersatz von ausgeschiedenen Kräften Arbeitsplätze mehr oder weniger verschwinden. Wenn der Zustand, der mir gemeldet wurde, zwischen 40 und 50 Ausscheidenden pro Monat ein Jahr lang anhält, so kann man sagen, daß im Jahr – ohne daß auch nur eine offizielle Kündigung ausgesprochen wird – 500 Arbeitsplätze mehr oder weniger verschwinden. Wenn der Zustand, der mir gemeldet wurde, ein Jahr lang anhält, kann man ruhig sagen, daß im Jahr, ohne daß auch nur eine offizielle Kündigung ausgesprochen wird, 500 Arbeitsplätze vom Arbeitsmarkt verschwinden. Ich möchte das deutlich herausstreichen, damit wir auch den Steyr-Werken und deren wirtschaftlicher Situation das gebührende Augenmerk geben, was auch in den Gesprächen mit dem Bundeskanzler in ausreichender Weise geschehen ist. Es ist daher zu hoffen, daß auch in der immer wieder neu angeschnittenen Frage der Waffenproduktion man nicht voreilige Entscheidungen trifft, bevor man nicht auch bereit ist und in der Lage ist, entsprechende Ersatzarbeitsplätze zu ermöglichen.

Der Besuch in den BMW-Werken hat gezeigt, daß man dort sieben – das habe ich hier schon einmal erläutert – Varianten der zweiten Ausbaustufe vorsieht. Die eine wäre die Errichtung eines Lagers auf jener Fläche, die von den Steyr-Werken als Partner nicht belegt wurden durch das Ausscheiden aus dieser Gesellschaft. Die Errichtung eines Großlagers würde bestenfalls die Beschäftigung von 50 – 60 Personen ermöglichen. Wenn man nun die steigenden Varianten umlegt und die optimalste heranzieht, wäre hier ein Investitionsaufwand von 2,4 Milliarden erforderlich und es würden damit 800 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Ich bin nicht so vermessen, nunmehr zu sagen, das sind zusätzliche Arbeitsplätze. In der heutigen Zeit können wir schon mit Recht sagen, es sind Ersatzarbeitsplätze, die unter Umständen für jene gelten, die auf andere Weise verloren gehen. Jedenfalls werden sie mit beitragen, daß die wirtschaftliche und die Beschäftigungssituation in Steyr und der Region erhalten bleiben kann. Was die Förderungen betrifft, hat der Herr Bundeskanzler ausdrücklich erklärt, daß der Bund bereit wäre, 15 % der Investitionssumme – ich möchte das noch einmal ganz deutlich sagen, damit keine Falschmeldungen in der Presse veröffentlicht werden – bereitzustellen und daß das 2/3 der Gesamtförderungssumme sein soll. Dies würde heißen, daß vom Bund 360 Millionen Schilling beigesteuert würden. Wenn man das dritte Drittel vom Land Oberösterreich rechnet, das hier angefordert wird bzw. begehrt wird, wären dies 180 Millionen Schilling und würden insgesamt 540 Millionen Schilling Gesamtförderungsbeitrag ausmachen, abgesehen von den Möglichkeiten, die unter Umständen der Gemeinderat noch für die Stadt Steyr ins Auge zu fassen beabsichtigt. Ich möchte das mit aller Deutlichkeit deswegen auch sagen, weil mit Meldungen von 830 Millionen Schilling Förderungssumme – hier wurde sehr grob von General Motors auf BMW umgebuhlt – man der Sache selber nicht sehr dient. Das führt im Endeffekt nur zu Mißverständnissen bei den Förderungsgebern und der Sache selbst unter Umständen ein sehr schlechter Dienst er-

wiesen wird. Soweit kann ich Ihnen zu dieser Angelegenheit berichten. Es gebührt sich in der Zeit des beginnenden Advents, Ihnen zu sagen, daß es bedauerlicherweise nicht gelungen ist, einen Christkindlmarkt zu offerieren und daß wir von der Stadtverwaltung und von der Bezirksverwaltung dem Ansuchen der Marktfieranten stattgegeben haben, im Verordnungsweg, vom 27. November bis 31. Dezember entsprechend der allgemeinen Ladenschlußzeiten den Markt offen zu halten. Das gilt als Ersatz für den nicht zustande gekommenen Christkindlmarkt. Soweit ich informiert bin ist es immer noch im Gespräch bei den Wirtschaftsorganisationen, unter Umständen im nächsten Jahr einen Christkindlmarkt einzurichten. Warten wir ab, was daraus wirklich entsteht.

Morgen wird Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Grüner in seiner neuen Funktion als Gemeindereferent nach Steyr kommen. Er wird um 10 Uhr dem Stadtsenat und den leitenden Beamten vorgestellt bzw. auch umgekehrt und wir werden uns sehr ausführlich über die Förderungsmöglichkeiten seitens des Gemeindereferates für die Stadt Steyr unterhalten. Ich möchte nicht verschweigen, daß zum Unterschied von früher im Bereich des Wirtschaftsreferates wir ursprünglich immer 1 Mill. Schilling pro Jahr für die Gemeindeinvestitionen in der Strukturleistung erhalten haben. Diese Leistung wurde um eine 1/2 Million, um 50 %, gekürzt. Wir haben auch beim Gemeindereferat Einbußen hinnehmen müssen, es gebührt sich, Ihnen doch einmal die Entwicklung aufzuzeigen. Wir haben im Jahre 1973 3 Millionen Schilling aus dem Gemeindereferat für die öffentlichen Einrichtungen der Stadt erhalten, im Jahre 1974 wurden es 4 Millionen. Im Jahre 1975 gelang es, diesen Betrag auf 8 Millionen in Verhandlungen aufzustocken und 1976 erhielten wir wiederum durch unsere Gespräche den gleichen Betrag. Ein großer Sprung gelang 1977, hier wurden der Stadt Steyr im Zuge aller Vorbereitungen der Infrastruktur für das Jubiläum und der sonstigen Ausweitung 14 Millionen zugewiesen. 1978 erreichten wir den Kulminationspunkt dieser Förderungsmittel mit 18 Mill. Schilling, 1979 ebenfalls 18 Millionen und im Jahre 1980 wurde die Zahl auf 15 Mill. Schilling verringert. Die Landesbudgetmittel sind bekanntlich durch eine große Ausgabefreudigkeit in den früheren Jahren auch heute schon so gebunden, daß der freie Spielraum immer enger wird. 1981 bekamen wir 11 Millionen und 1982 waren es 13 Millionen Schilling, die wir aus dem Gemeindereferat für die Investitionen im Interesse der Öffentlichkeit einsetzen konnten. Es ist anzunehmen, daß morgen – das ist jedenfalls mein persönliches Bemühen – erreicht werden kann, daß in etwa in ähnlicher Betragshöhe auch das morgige Gespräch abgeschlossen werden kann. Die Mitteilung ist auch für Sie nicht unerheblich, daß Steyr, das vom Land Oberösterreich als Modellfall in der Schutzraumerhebung auserkoren wurde, nunmehr diese Schutzraumerhebung abgeschlossen hat und daß eine relativ gute Situation in Steyr existiert. Es gibt eine Klassifikation von a – d, also a, b, c, d in der Schutzraumwertigkeit, wobei a die absolute Sicherheit gebietet und d nur mehr einen sehr minimalen Schutz im Katastrophenfall gibt. Es ist ein hoher Schutz der Bevölkerung jedenfalls möglich, er liegt bei relativ einfachen Maßnahmen, die hier noch gesetzt werden müssen, bei 80 %. Das ist eine enorm hohe Zahl im Vergleich zu neu entstandenen modernen Städten. Es würde allerdings ein Vollschutz der Bevölkerung insgesamt in etwa 75 Millionen Schilling erfordern. Wir werden uns bemühen, im nächsten Amtsblatt schon Hinweise zu geben, wie ein sogenanntes Katastrophenschutzpaket aussieht und werden im nächsten Jahr quartalsweise Mitteilungen in dieser Richtung an die Bevölkerung ergehen lassen, was immerhin als vorbeugende prophylaktische Maßnahme für einen hoffentlich nie eintretenden Ernstfall nicht unwesentlich sein kann. Ich darf auch mitteilen, daß Herr Dipl. Ing. Dr. Kitzler seine Funktion als Stadtleiter zurückgelegt hat und inzwischen Herr Amtsrat Gustav Gergelyfi von der Bezirksverwaltung diese Funktion übernahm. Von ihm werden auch die nächsten Initiativen gesetzt.

Das waren meine Mitteilungen, ich hoffe, daß sie einigermaßen von Interesse waren. Zum nächsten Punkt möchte ich Ihnen global zur Kenntnis bringen jene Beschlüsse, die Sie schriftlich vorliegen haben, die im Stadtsenat beschlossen wurden.

Sie haben schon seinerzeit die Unterlagen erhalten und diese Beschlüsse sind Ihnen daher nur mehr zur Kenntnis zu bringen. Eine Verlesung der Liste darf ich mir in dieser Hinsicht ersparen.

Wir kommen nun zur Behandlung der Verhandlungsgegenstände und dazu bitte ich Kollegen Schwarz, den Vorsitz zu führen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Bürgermeister um den Vortrag der ersten zwei Tagesordnungspunkte.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Pflichtgemäß trete ich als Antragsteller zum Rednerpult und möchte Ihnen folgenden Antrag unterbreiten:

1) Präs-798/82

Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr;
Verleihung 1982 an Mitglieder des Österr. Rotes Kreuzes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA IX vom 15. 10. 1982 wird in Anerkennung der langjährigen verdienstvollen Tätigkeit auf dem Gebiete des Rettungswesens an folgende Personen die Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr verliehen:

In Gold (für eine mehr als 25jährige Tätigkeit):

Demelmayr Marie, beim Roten Kreuz seit 1942 bis 1962 und wieder ab 1974.

In Silber (für eine mehr als 20jährige Tätigkeit):

Petz Anna - seit 1962

Waldhauser Maria, seit 1939 bis 1945, ab 1973

Mitterhuber Alois - seit 1962

Petz Johann - seit 1962

Meindl Peter - seit 1962

Vielhaber Franz - seit 1962

Zipelius Wilhelm - seit 1962

Hundsberger Engelbert - seit 1962

In Bronze (für eine mehr als 15jährige Tätigkeit):

Colognath Eugen - seit 1967

Müllner Johann - seit 1967

Friedl Herbert - seit 1968

Huemer Peter - seit 1968

Kronegger Josef - seit 1967

Weidinger Helmut - seit 1964

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wenn Sie dafür sind, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Es liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Der zweite Antrag behandelt unsere Rechte- Pflichten und unsere Situation in der LiWeSt I. Hierzu sind 3 Punkte in Abänderung des Gesellschaftsvertrages zu beschließen. Der Antrag lautet:

2) VerkR-489/76

LiWeSt I - Änderung des Gesellschaftsvertrages.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Änderung des Gesellschaftsvertrages der LiWeSt I dahingehend, daß

1. ein Aufsichtsrat bestellt werden kann, aber nicht muß,

2. ein Aufsichtsratsmitglied ein anderes schriftlich mit seiner Vertretung bei einer einzelnen Sitzung betrauen kann,
 3. der Jahresabschluß in den ersten fünf Monaten jedes Geschäftsjahres aufgestellt werden muß, die Generalversammlung diese Frist aber um längstens zwei Monate verlängern kann,
- wird zugestimmt.

Ich verweise darauf, daß im Stadtsenat diesbezügliche Diskussionen aufgetreten sind und dort so abgestimmt wurde, daß der Punkt 1) losgelöst von den Punkten 2) und 3) entschieden wurde. Vielleicht wäre es zweckdienlich, auch heute so vorzugehen.

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand zu diesem Antrag zu sprechen? Herr Kollege Holub bitte.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Der Herr Bürgermeister war so freundlich und hat anklingen lassen, daß im Stadtsenat zu diesem Punkt schon eine Diskussion geführt wurde. Diese Diskussion sollte auch im Plenum weitergeführt werden.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geschätztes Präsidium, daher habe ich mich zu Wort gemeldet. Die Zweiteilung der Abstimm-Möglichkeiten läßt schon auf ein zweigeteiltes Verhalten einiger Abstimmender schließen. Einer dieser zweigeteilt sich Verhaltenden steht hier heraußen und wird Ihnen auch schildern, warum seine Fraktion sich zweigeteilt verhalten wird zu diesen Anträgen. Ich denke, es wird jetzt so ablaufen, daß wir zunächst über den ersten Punkt abzustimmen haben, der dann lautet, daß der Gesellschaftsvertrag mit LiWeSt I dahingehend abgeändert werden soll, daß ein Aufsichtsrat bestellt werden kann aber nicht muß. Genau dieser Punkt ist es, in "Zeiten wie diesen", den man aus einem anderen Gesichtspunkt auch sehen sollte. Die öffentliche Meinung geht immer mehr in die Richtung, daß, wenn irgendwo öffentliche Gelder eingesetzt sind, daß das transparent sein soll und muß, was mit diesen Geldern passiert. Das wäre die Grundsatzüberlegung dazu. Die Schlußfolgerung daraus ist, wenn man den Gedanken der im ursprünglichen Amtsbericht vorgelegt wird, nachvollzieht, so geht es hier um diese Kann-Bestimmung des Aufsichtsrates in einer Interpretation des neuen GesmbH-Gesetzes. Wenn eine GesmbH - sehr simplifiziert dargestellt - auf die Verpflichtung zum Aufsichtsrat nicht besteht, dann kann sie auch nicht verpflichtet werden oder dann muß sie sich nicht verpflichtet sehen, Bilanzen zu veröffentlichen. Genau das, glaube ich, sollte nicht der Fall sein, wenn die öffentliche Hand Mittel in solchen Unternehmen drinnen hat. Der Bürger hat das Recht, sichergestellt zu sehen, daß die Mittel, die in seinem Interesse von der öffentlichen Hand angelegt sind, auch korrekt verwendet werden. Es würde mich wundern, wenn eine Unternehmung wie die LiWeSt Grund hätte, diese Bilanzlegung im Sinne der Auskunftserteilung an die Bürger zu negieren.

Das, meine Damen und Herren, ist der Grund, warum meine Fraktion sagt, diese Transparenz der öffentlichen Mittel muß sein. Daher werden wir dem Antrag in diesem Punkt nicht zustimmen können.

Es ist aber eine Selbstverständlichkeit, daß, wenn wir schon sagen, der Aufsichtsrat ist notwendig, damit die Bilanzlegung sichergestellt ist, daß wir den beiden anderen Punkten, die ja die Funktion des Aufsichtsrates erheblich erleichtern, natürlich zustimmen wollen. In diesem Sinne war auch unser Ersuchen, den Antrag zweigeteilt, daß man nicht zu zwei begrüßenswerten Punkten nein sagen muß, um eines wirklich anfechtbaren Punktes.

Bitte führen Sie sich nocheinmal vor Augen, es geht um die Transparenz der öffentlichen Mittel, der Verwendung der öffentlichen Mittel und des Erfolges dieses Mitteleinsatzes. Diese Transparenz ist dann gefährdet, wenn Sie dem Antrag in der vorliegenden Form zustimmen, wenn Sie zustimmen dazu, daß die Unternehmung

LiWeSt die GesmbH-Gesetznovelle im Interesse des Nichtlegens von Bilanzen und der Hintanhaltung der öffentlichen Mitteilung ausnützen kann.
Ich bitte Sie, dieser Argumentation Folge zu leisten, und sofern Sie das können, sich dieser meiner Fraktionsmeinung anzuschließen. Ich danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Zunächste möchte ich sagen, daß der Berichterstatter, der Herr Bürgermeister, bereits den Vorschlag gemacht hat, eine getrennte Abstimmung durchzuführen. Laut Geschäftsordnung ist dagegen nichts einzuwenden, es ist auch im Stadtsenat diese Vorgangsweise angewendet worden. Ich frage, ob noch jemand zu diesem Antrag das Wort wünscht? Es ist dies nicht der Fall. Herr Bürgermeister ich bitte um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, man mag zu LiWeSt stehen wie man will, Tatsache ist – da werden wir sicherlich übereinstimmen – daß die seinerzeit etwas euphorischen Vorstellungen sich bezüglich Kabelfernsehen nicht in dieser Form erfüllen konnten, als wir das sicher zeitlich und umfangmäßig gewünscht hätten. Nun darf man aber eines nicht vergessen, es wäre auch ein privater Betreiber heute längst nicht mehr imstande, die Kosten dafür aufzubringen für die Ursprungsinvestitionen, weshalb es zu dieser Übernahme der Privatunternehmungen durch die LiWeSt I gekommen ist.

Zwei Punkte, warum diese Änderung erforderlich wird, möchte ich in den Raum stellen. Das erste ist, daß ein Bundesgesetz mit 22. Juli 1980 erlassen wurde, BGBl. Nr. 230, das eine weitere Änderung des Gesellschaftsvertrages in der LiWeSt I notwendig erscheinen läßt. Zweitens – wir müssen ja irgendwie diesem Gesetz entsprechen – ist die Transparenz jedenfalls für den Gemeinderat auch dadurch gegeben, daß eben die Stadt Steyr in die LiWeSt I einen Vertreter – in diesem Fall bin es zufällig ich als Bürgermeister – entsenden kann und wenn Auskünfte dazu gewünscht werden, bin ich klarerweise bereit, hier im Gemeinderat auf allfällige Anfragen einzugehen, wenn diese Wünsche existieren und sie nicht gegen das Gesellschaftsrecht verstoßen. Etwas Gravierendes wird aber hier immer wieder unausgesprochen bleiben, nämlich der Wunsch, diese Änderungen durchzuführen, kommt nicht von den öffentlichen Vertretern der drei Gemeinden Linz, Wels und Steyr, sondern von den Hauptaktionären der Gesellschaft. Ich weiß nicht, ob Sie sich noch erinnern, daß der Gesamtanteil der öffentlichen Beiträge am Gesellschafterkapital nur 5 % ausmacht, wobei der privatwirtschaftliche Anteil der Unternehmungen, die hier beteiligt sind, 95 % ausmacht. Dem gegenüber steht aber, daß wir im Aufsichtsrat und auch in der Gesellschafterversammlung ein deutliches Mitspracherecht der Gemeinden gewahrt haben, weitaus in höherem Maße als es hier der Beteiligung am Kapital entspricht, so daß wir auch die Möglichkeit besitzen, dort, wo es gegen Interessen der Gemeinde laufen könnte, unser Gewicht in die Waagschale zu werfen, um hier die Gemeindeinteressen und natürlich damit die Interessen der beteiligten Bürger vorrangig wahrzunehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke dem Herrn Bürgermeister für das Schlußwort. Ich darf darauf hinweisen, daß wir hier eine getrennte Abstimmung vornehmen. Wer dem Punkt 1) des Antrages, des Vorschlages der Änderung des Gesellschaftsvertrages, die Zustimmung gibt, dem ersten Absatz, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Wer ist gegen diesen Antrag? (9 Gegenstimmen: 8 ÖVP, 1 FPÖ).

Damit ist der erste Punkt mit Mehrheit beschlossen.

Die Punkte 2) und 3) stehen nun zur Abstimmung. Wer dieser Fassung die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand dagegen? In diesem Fall liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

Ich danke Herrn Bürgermeister für die Berichte und darf Herrn Bürgermeister den Vorsitz wieder zurückgeben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Wir fahren in unseren Beratungen fort und ich bitte nun Kollegen Schwarz um seine Berichterstattung.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die ersten beiden Anträge, die ich Ihnen heute zum Vortrag zu bringen habe, beinhalten Veränderungen im Dienstrecht bzw. Besoldungsrecht für einen Teil unserer Bediensteten.

Im ersten Antrag geht es um eine Verbesserung der Beförderungsrichtlinien und ich darf diesen Antrag zur Verlesung bringen:

3) Pers-760/82

Verbesserung der Beförderungsrichtlinien.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Beförderungsrichtlinien 1979, GR-Beschluß vom 19. 7. 1979, Pers-106/79, i. d. F. der GR-Beschlüsse vom 29. 10. 1981, Präs-708/81 und vom 3. 6. 1982, Pers-1125/81, werden mit Wirkung vom 1. 1. 1983 wie folgt geändert:

Der Abschnitt II Punkt 4 der Beförderungsrichtlinien hat zu lauten:

"Bei Vorliegen einer Dienstleistung, die den von dem Bediensteten zu erwartenden Arbeitserfolg erheblich übersteigt ("ausgezeichnete" Dienstbeschreibung), wobei konkrete diesbezügliche Leistungen vorliegen müssen, können die Beförderungsfristen für folgende Dienstklassen wie folgt verkürzt werden:

A/V	1/2 Jahr	B/V	1 Jahr
A/VI	1 Jahr	B/VI	1/2 Jahr
A/VII	1 Jahr	B/VII	1 Jahr
A/VIII	2 Jahre	C/IV	1 Jahr
		C/V	2 Jahre
		D/IV	1 Jahr

eine allfällige Verkürzung der Mindestdienstzeiten nach Abs. 3 lit. c der BR wird hiedruch nicht berührt.

Die dienst- und besoldungsrechtliche Stellung jener Bediensteten, auf die sich die Verkürzung der Beförderungsfristen nicht mehr auswirken kann, weil die Beförderung bereits erfolgt ist, kann über Antrag mit Wirkung vom 1. 1. 1983 um das Ausmaß der Verkürzung verbessert werden, wenn die im vorstehenden Punkt 4 des Abschnittes II der BR 1979 geforderten Voraussetzungen erbracht werden.

Ich darf Sie bitten, diesem Antrag zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Haben Sie zu diesem Antrag irgend welche Einwände? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Gibt es Enthaltungen? Beides nicht, daher einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren, geht es darum, eine Verbesserung bzw. Änderung bei der Gewährung der Dienstalterszulage zu beschließen. Ich möchte darauf hinweisen, daß Beamten der allgemeinen Verwaltung, die die höchste Gehaltsstufe ihrer Dienstklasse erreicht haben, aus der eine Zeitvorrückung nicht mehr vorgesehen ist, unter gewissen Voraussetzungen eine Dienstalterszulage gebührt. Diese Dienstalterszulage ist im § 29 des Gehaltsgesetzes, in der als landesgesetzlichen Vorschrift und damit auch in der für die Bediensteten des Magistrates Steyr geltenden Fassung geregelt.

Der diesbezügliche Antrag lautet:

4) Pers - 597/82

Dienstalterszulage - Änderung

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Artikel I

Das Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, soweit es als landesgesetzliche Vorschrift für Landesbeamte in Geltung steht (zuletzt geändert durch die 20. Ergänzung zum Landesbeamtengesetz, LGBL. Nr. 68/1981), ist in folgender Fassung anzuwenden:

1. § 29 hat zu lauten:

"§ 29

Dem Beamten der allgemeinen Verwaltung, der die höchste Gehaltsstufe einer Dienstklasse erreicht hat, aus der eine Zeitvorrückung nicht mehr vorgesehen ist, gebührt

1. in den Verwendungsgruppen A und B nach vier Jahren, die er in der höchsten Gehaltsstufe verbracht hat, eine für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbare Dienstalterszulage im Ausmaß von eineinhalb Vorrückungsbeträgen seiner Dienstklasse; die Dienstalterszulage erhöht sich nach sechs in der höchsten Gehaltsstufe verbrachten Jahren auf das Ausmaß von zweieinhalb Vorrückungsbeträgen seiner Dienstklasse;
2. in den Verwendungsgruppen C, D und E nach zwei Jahren, die er in der höchsten Gehaltsstufe verbracht hat, eine für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbare Dienstalterszulage im Ausmaß eines Vorrückungsbetrages seiner Dienstklasse; die Dienstalterszulage erhöht sich nach vier in der höchsten Gehaltsstufe verbrachten Jahren auf das Ausmaß von zweieinhalb Vorrückungsbeträgen und nach sechs in der höchsten Gehaltsstufe verbrachten Jahren auf das Ausmaß von dreieinhalb Vorrückungsbeträgen seiner Dienstklasse.

Die §§ 8 bis 11 sind sinngemäß anzuwenden".

2. § 40 Abs. 1 hat zu lauten:

"(1) Dem Beamten in handwerklicher Verwendung, der die höchste Gehaltsstufe einer Dienstklasse erreicht hat, aus der eine Zeitvorrückung nicht mehr vorgesehen ist, gebührt

1. in den Verwendungsgruppen P 1 und P 2 nach zwei Jahren, die er in der höchsten Gehaltsstufe verbracht hat, eine für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbare Dienstalterszulage im Ausmaß eines Vorrückungsbetrages seiner Dienstklasse; die Dienstalterszulage erhöht sich nach vier in der höchsten Gehaltsstufe verbrachten Jahren auf das Ausmaß von zweieinhalb Vorrückungsbeträgen und nach sechs in der höchsten Gehaltsstufe verbrachten Jahren auf das Ausmaß von dreieinhalb Vorrückungsbeträgen seiner Dienstklasse;
2. in den Verwendungsgruppen P 3 bis 5 nach zwei Jahren, die er in der höchsten Gehaltsstufe verbracht hat, eine für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbare Dienstalterszulage im Ausmaß eines Vorrückungsbetrages seiner Dienstklasse; die Dienstalterszulage erhöht sich nach vier in der höchsten Gehaltsstufe verbrachten Jahren auf das Ausmaß von zweieinhalb Vorrückungsbeträgen seiner Dienstklasse.

Die §§ 8 bis 11 sind sinngemäß anzuwenden".

Artikel II

Das Pensionsgesetz 1965, BGB. Nr. 340, soweit es als landesgesetzl. Vorschrift für Landesbeamte in Geltung steht (zuletzt geändert durch die 5. Ergänzung zum Landesbeamten-Pensionsgesetz, LGBl. Nr. 108/1981), ist in folgender Fassung anzuwenden:

"(3) In den ruhegenußfähigen Monatsbezug sind einzurechnen:

- a) den Beamten der Verwendungsgruppen A und B, die mindestens zwei Jahre in der höchsten Gehaltsstufe einer Dienstklasse verbracht haben, aus der eine Zeitvorrückung nicht mehr vorgesehen ist, die Dienstalterszulage im Ausmaß von eineinhalb Vorrückungsbeträgen ihrer Dienstklasse, und, wenn sie mindestens vier Jahre in dieser Gehaltsstufe verbracht haben, die Dienstalterszulage im Ausmaß von zweieinhalb Vorrückungsbeträgen ihrer Dienstklasse;
- b) den Beamten der Verwendungsgruppen C, D und E, die mindestens ein Jahr in der höchsten Gehaltsstufe einer Dienstklasse verbracht haben, aus der eine Zeitvorrückung nicht mehr vorgesehen ist, die Dienstalterszulage im Ausmaß von einem Vorrückungsbetrag ihrer Dienstklasse, wenn sie mindestens zwei Jahre in dieser Gehaltsstufe verbracht haben, die Dienstalterszulage im Ausmaß von zweieinhalb Vorrückungsbeträgen ihrer Dienstklasse, und, wenn sie mindestens vier Jahre in dieser Gehaltsstufe verbracht haben, die Dienstalterszulage im Ausmaß von dreieinhalb Vorrückungsbeträgen ihrer Dienstklasse;
- c) den Beamten der Verwendungsgruppen P 1 und P 2, die mindestens ein Jahr in der höchsten Gehaltsstufe einer Dienstklasse verbracht haben, aus der eine Zeitvorrückung nicht mehr vorgesehen ist, die Dienstalterszulage im Ausmaß von einem Vorrückungsbetrag ihrer Dienstklasse, wenn sie mindestens zwei Jahre in dieser Gehaltsstufe verbracht haben, die Dienstalterszulage im Ausmaß von zweieinhalb Vorrückungsbeträgen ihrer Dienstklasse, und, wenn sie mindestens vier Jahre in dieser Gehaltsstufe verbracht haben, die Dienstalterszulage im Ausmaß von dreieinhalb Vorrückungsbeträgen ihrer Dienstklasse;
- d) den Beamten der Verwendungsgruppen P 3 bis P 5, die mindestens ein Jahr in der höchsten Gehaltsstufe einer Dienstklasse verbracht haben, aus der eine Zeitvorrückung nicht mehr vorgesehen ist, die Dienstalterszulage im Ausmaß von einem Vorrückungsbetrag ihrer Dienstklasse, und, wenn sie mindestens zwei Jahre in dieser Gehaltsstufe verbracht haben, die Dienstalterszulage im Ausmaß von zweieinhalb Vorrückungsbeträgen ihrer Dienstklasse".

Artikel III

Artikel III gilt auch für diejenigen Personen, denen vor dem Inkrafttreten dieser Bestimmung ein Anspruch auf Ruhe- oder Versorgungsgenuß angefallen ist. Auf ehemalige Beamte der Verwendungsgruppen P 3 bis P 5 und deren Hinterbliebene ist die für die Verwendungsgruppen P 1 und P 2 festgelegte Regelung sinngemäß anzuwenden

Artikel IV

Die Bestimmungen der Artikel I bis III treten mit 1. Juli 1982 in Kraft.

Ich bitte um positive Bescheidung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke, für diesen Bericht und Antrag. Haben Sie dazu eine Wortmeldung? Keine. Jemand gegen den Antrag? Nein. Enthaltung auch keine. Dieser Antrag ist beschlossen. Der nächste bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, im nächsten Antrag geht es darum, einen Beschluß, den der Gemeinderat im Jahre 1972 gefaßt hat, aufzuheben. Ich darf dazu sagen, daß mit Erlaß des Landesschulrates für OÖ. vom 12. 7. 1972 die Stadt Steyr gebeten wurde, für die weitere Ausbaumöglichkeit der HTL, den im Besitz der Stadt Steyr stehenden Amateur-Sportplatz - es handelt sich um ein Ausmaß von insgesamt 18.656 m² - zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag lautet:

- 5) Ausbau der Höheren Technischen Bundeslehranstalt in Steyr; Sicherung der Ausbaumöglichkeiten; Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses vom 30. 11. 1972, Zahl Sport - 3671/70

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 29. Oktober 1982 wird der Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 30. 11. 1972, Zl. Sport-3671/70, mit dem sich die Stadt Steyr grundsätzlich bereit erklärte, die städtische Liegenschaft des "Amateure-Sportplatzes", bestehend aus den GP 1241/4, 1241/70 und 1364 Bfl., EZ. 1396, KG Steyr, im Ausmaß von 18.656 m² zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Sportanlage Rennbahnweg und der damit verbundenen Übersiedlung des "Sportklubs Amateure" dem Bund für die Erweiterung der Höheren Technischen Bundeslehranstalt zum ortsüblichen Verkehrswert zu verkaufen, aufgehoben.

Ich möchte darauf hinweisen, daß seit dieser Beschlußfassung im Jahre 1972, das sind fast 10 Jahre, und die damit verbundene Absichtserklärung, daß seit dieser Zeit viele Bemühungen der Stadt in Verhandlungen mit dem Bund es gegeben hat und es war immer unser Bestreben, den Bund zu veranlassen, seine endgültige Planungsabsicht uns bekanntzugeben. Die letzte dieser Besprechungen hat am 20. 7. 1982 in der Direktion der HTL stattgefunden und im Rahmen dieser Besprechung haben die Vertreter des Bundes die Vertreter unserer Stadt bezüglich des "Amateure-Sportplatzes" gebeten noch 3 Monate lang keine Entscheidung zu treffen und sicherten uns gleichzeitig zu, daß innerhalb dieses Zeitraumes eine endgültige Klarstellung seitens des Bundes erfolgen wird. Am 20. 10. ist diese Frist abgelaufen, ohne daß bisher in dieser Angelegenheit eine konkrete Entscheidung getroffen worden ist. Unsere Stadt ist jedoch - solange der eingangs zitierte Gemeinderatsbeschuß aus dem Jahr 1972 aufrecht bleibt und seitens des Bundes keine konkrete Entscheidung getroffen wird - bei der Realisierung unseres Sportstättenkonzeptes Rennbahn wesentlich behindert. Um diese Behinderung der Stadt bei der Verwirklichung des Sportstättenkonzeptes nunmehr zu beheben und gleichzeitig eindeutig klarzustellen, daß Investitionen im Bereich des "Amateure-Sportplatzes" keine verlorenen Aufwendungen sind, wird nunmehr vorgeschlagen, diesen Beschluß aufzuheben.

Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke für den Bericht. Wünscht zu dem Punkt jemand das Wort? Ich glaube, es ist alles gesagt worden. Die Verpflichtung der Stadt soll damit endgültig erloschen sein und wieder das freie Verfügungsrecht über den "Amateure Sportplatz" bestehen.

Ist jemand gegen den gestellten Antrag? Nicht der Fall. Enthaltung auch nicht. Einstimmiger Beschluß im Sinne des Antrages. Danke. In Vertretung des erkrankten Vizebürgermeisters Karl Fritsch wird dessen Stellvertreter als Fraktionsobmann der ÖVP, Herr Gemeinderat Radler berichten.

BERICHTERSTATTER GEMEINDERAT JOSEF RADLER:

Geschätztes Präsidium! Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Mir fällt die ehrenvolle Aufgabe zu, Ihnen 4 Anträge zur Beschlußfassung vorzutragen. Der erste Antrag betrifft eine Straßenbenennung.

6) Ges - 15/82

Straßenbenennung "Messerer-Straße"

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. XI vom 10. November 1982 erhält der Straßenzug auf der GP. 14/3, KG Hinterberg, im Lageplan des Stadtbauamtes vom 8. September 1982 grün lasiert ausgewiesen, die Bezeichnung

"Messerer-Straße".

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag vernommen. Gibt es dazu irgendwelche Bemerkungen? Das ist nicht der Fall. Auch eine Enthaltung wird nicht vernommen. Somit ist der Antrag einstimmig beschlossen.

GEMEINDERAT JOSEF RADLER:

Der zweite Antrag betrifft ebenfalls eine Straßenbenennung und lautet:

7) Ges - 15/82

Straßenbenennung Ing. Karl

Jenschke-Straße

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. XI vom 21. Oktober 1982 erhält der Straßenzug im Bereich Bergerweg - Bahndammstraße, im Lageplan des Stadtbauamtes vom 16. September 1982, Maßstab 1 : 1000, rot lasiert ausgewiesen, die Bezeichnung

"Ing. Karl Jenschke-Straße".

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auch dazu keine Wortmeldung. Gegenstimmen, Enthaltungen ebenfalls nicht. Somit ist dieser Antrag auch beschlossen.

GEMEINDERAT JOSEF RADLER:

Der dritte Antrag betrifft die Fassadenaktion 1982. Der Antrag lautet:

8) K - 17/82

Fassadenaktion 1982 -

III. Abschnitt

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 12. Oktober 1982 sind für den III. Abschnitt der Fassadenaktion 1982, dessen Herstellungskosten sich auf S 1,305.770,-- belaufen, Subventionen von insgesamt S 324.920,-- erforderlich.

Zum vorangeführten Zweck wird eine Kreditüberschreitung in Höhe von

S 325.000,-- (Schilling dreihundertfünfundzwanzigtausend)

bei VSt 5/3630/7780 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Entnahme aus Rücklagen zu erfolgen.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auch zu diesem Antrag sehe ich keine Wortmeldung. Somit kommen wir zur Abstimmung. Ist jemand dagegen? Nein. Enthaltungen auch nicht. Der Antrag ist ebenfalls einstimmig angenommen.

GEMEINDERAT JOSEF RADLER:

Der nächste Antrag betrifft die Erneuerung der Dacheindeckungen über Objekten Gleinkergasse 10, Berggasse 24, Sierninger Straße 48 und Michaelerplatz 14. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

- 9) Bau 5 - 2531/82
- Bau 5 - 2762/82
- Bau 5 - 5371/82
- Bau 5 - 300

Erneuerung der Dacheindeckungen über den Objekten Gleinkergasse 10, Berggasse 24 (Promenade), Sierninger Straße 48 und Michaelerplatz 14 unter Verwendung von Biberschwanzziegelmaterial

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 21. Okt. 1982 wird der beantragten Subventionierung der Dachinstandsetzungsarbeiten bei den Liegenschaften Gleinkergasse 10, Berggasse 24 (Promenade), Sierninger Straße 48 und Michaelerplatz 14 zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 169.500,-- (Schilling einhundertneunundsechzigtausendfünfhundert)

bei der VSt 1/3630/7780 freigegeben, wobei von der Einhaltung der vom Gemeinderat beschlossenen 20%igen Kreditsperre in diesen besonders gelagerten Fällen Abstand genommen wird.

Ich bitte auch um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen, Enthaltungen werden nicht verzeichnet. Auch dieser Antrag ist somit einstimmig beschlossen. Danke dem Berichterstatter. Nächster Frau Stadtrat Ehrenhuber.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Geschätztes Präsidium! Werte Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich habe Ihnen einen Antrag zur Beschlußfassung vorzulegen. Es handelt sich um die Installation einer Brandmeldeanlage für das Objekt Zentralaltersheim, die dem Schutz aller Heiminsassen dient. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

- 10) GHJ 2 - 5098/82
Installation einer Brandmelde-
anlage für das Objekt Zentral-
altersheim

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. V - ZAH vom 27. 10. 1982 wird der Auftrag zur Lieferung und Installation einer Rauchgasbrandmeldeanlage für das Objekt Zentralaltersheim an die Firma Siemens, Linz, zum Preis von S 2,154.290,73 übertragen.

Der Antrag auf Freigabe der hierfür erforderlichen Mittel wird im Rechnungsjahr 1983 gesondert gestellt werden.

Ich bitte Sie um Genehmigung dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke, Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Ist jemand gegen den Antrag? Nein. Enthaltungen auch nicht der Fall. Somit einstimmiger Beschluß. Danke. Nächster Berichterstatter Herr Stadtrat Feuerhuber.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL FEUERHUBER:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren. Ich habe 3 Anträge zum Vortrag zu bringen. Der erste Antrag beschäftigt sich mit dem HS A/1. Teil - Lauberleiten samt Pumpwerk A. Der Antrag hiezu lautet:

- 11) Bau 6 - 1781/76
HS A/1. Teil - Lauberleiten samt Pumpwerk A;
Durchführung der Erd- und Baumeisterarbeiten;
Überschreitung der Auftragssumme; Ansuchen um
Zustimmung zur Vorfinanzierung für den RHV

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 5. Oktober 1982 wird infolge der während der Bauzeit eingetretenen Lohn- und Materialpreiserhöhungen in Höhe von S 1,569.003,63 nach korrigierter Schlußrechnung seitens des Ing. Büros Flögl ein Betrag in Höhe von

S 1,180.000,-- (Schilling einmillioneneinhundert-
achtzigtausend)

bei VSt 9/----/2796 freigegeben.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Zu diesem Bericht eine Wortmeldung? Keine. Ist jemand dagegen? Nein. Enthaltung auch nicht. Der Fall ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT KARL FEUERHUBER:

Der nächste Antrag behandelt einen Antrag des Reinhaltungsverbandes "Steyr und Umgebung".

12) Ha - 2388/76

Reinholdungsverband "Steyr und Umgebung"; Förderung durch das Land Oberösterreich; BA 02 und BA 03; Übernahme der Haftung durch die Stadt Steyr

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III - RHV "Steyr und Umgebung" vom 23. 9. 1982 wird der Übernahme der Haftung durch die Stadt Steyr für nachstehend angeführte Landesdarlehen an den RHV "Steyr und Umgebung" zugestimmt:

S 750.000,-- für den BA 02, gewährt vom Baureferat des Amtes der öö. Landesregierung

S 450.000,-- für den BA 03, gewährt ebenfalls vom Baureferat des Amtes der öö. Landesregierung.

S 450.000,-- für den BA 02, gewährt vom Gemeindereferat des Amtes der öö. Landesregierung.

Ich bitte, auch diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Haben Sie zum Antrag eine Wortmeldung. Nicht der Fall. Ist wer dagegen, Nein. Enthaltung auch nicht. Somit einstimmig beschlossen.

STADTRAT KARL FEUERHUBER:

Den nächsten Antrag bitte ich, von der Tagesordnung abzusetzen. Er behandelt den Grundankauf von der Fam. Krenn in Steyr, Weinzierlstraße 5.

13) ÖAG - 2323/80

Ankauf der Grundparzellen 1576/1 und 1575/3, KG Föhrenschacherl von Josef Krenn, Steyr, Weinzierlstraße 5

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Zuge der Enteignungsverhandlung für die Vereinbarung der Wolférner Straße wurde das Land Oberösterreich vom Grundbesitzer Anton Weindl auf Erhöhung der Enteignungssumme geklagt.

Das Gerichtsverfahren ist bereits beim Bezirksgericht Steyr anhängig, da es sich im gegenständlichen Falle um den Ankauf von Grundstücken in benachbarter Lage, allerdings zu anderen Zwecken, nämlich als Bauerwartungsland und nicht als künftiger Straßengrund handelt, erscheint es nicht zweckmäßig, derzeit eine Beschlußfassung im Gemeinderat herbeizuführen. Eine Präjudizierung des gerichtlichen Verfahrens könnte allenfalls nicht ausgeschlossen werden, da der Sachverständige nach den Vergleichsmethoden sein Gutachten abgeben muß. Es wird daher vorgeschlagen, den gegenständlichen Antrag gemäß § 7 Abs. 3 der Geschäftsordnung von der Tagesordnung abzusetzen, gemäß § 18 Abs. 4 die Annahme dieses Antrages die Zustimmung von 2/3 der Anwesenden im Gemeinderat notwendig. Ich bitte den Herrn Bürgermeister, darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Bevor ich abstimme, die Frage an die anwesenden Herren der Magistratsdirektion, wie lange nach Erfahrung derartige Schiedsverhandlungen bzw. Gerichtsverhandlungen-Gutachtenerstellungen dauern?

MAGISTRATSDIREKTOR DR. JOHANN EDER:

Wir streben einen Vergleich mit Weindl an. Wir wollen überhaupt nicht das Gerichtsverfahren abschließen, sondern während des Gerichtsverfahrens einen Vergleich mit Weindl zwischen Land und Gemeinde herbeiführen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gut. Danke. Der Antrag steht zur Diskussion. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wer für die Absetzung ist, bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Einstimmig, wie ich sehe. Somit ist der Antrag von der Tagesordnung abgesetzt. Der Berichterstatter ist befreit von seiner Pflicht und somit kommen zum nächsten, Herrn Stadtrat Kinzelhofer.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Wertes Präsidium! Verehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe Ihnen zwei Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung vorzulegen. Der erste Antrag betrifft einen Erdgasliefervertrag.

14) ÖAG - 6216/76.

Erdgasliefervertrag - vertragliche
Preisvereinbarung für 1983; Anhebung
der Bereitstellungs menge ab 1. 10. 1982

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht der Stadtwerke vom 15. Okt. 1982 wird der Abänderung des Punktes 7.1.1. des geltenden Erdgasliefervertrages zugestimmt, als erst bei einem Mittelwert über 4.100 m³/h - bisher bereits ab 3.810 m³/h - sich der Leistungspreis ab dieser Schwelle im bisherigen Umfang erhöht.

Des weiteren wird der Abänderung des Punktes 7.2.1. des geltenden Vertrages - Reduzierung des Arbeitspreises von derzeit S 293,52 pro abgenommener MWh auf S 252,48 je MWh - zugestimmt.

Da die Anhebung der Bereitstellungs menge bereits ab 1. 10. 1982 gilt, wird gemäß § 44 (5) des Gemeindestatutes der Stadt Steyr der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag vernommen. Gibt es zu diesem irgendeine Wortmeldung? Herr Gemeinderat Treml dazu.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe ja bereits am 16. 2. 1982 bei der Änderung des Erdgasliefervertrages mit der ÖÖ. Ferngasgesellschaft für 1982 hier im Gemeinderat darauf hingewiesen, daß laut Antrag - sowie auch heute - für das Jahr 1983 ein Bandleistungspreis für 1.110 m³ ein Jahrespreis von S 481.338,-- exkl. 13 % USt, zu bezahlen sind. Die Preisregelung sieht aber vor, daß die ÖÖ. Ferngas für diese Stundenbahn nur S 356.000,-- exkl. 13 % St je Jahr verrechnen darf. Der Mehrpreis, meine Damen und Herren, beträgt daher rund S 125.000,-- oder 35 %. Weil höhere Stundenspitzen und höhere Jahresbezugsmengen benötigt werden, so wie es im Antrag heißt, muß die Stadt im Rahmen neuer Lieferverträge Preisvereinbarungen außerhalb der Preisregelung eingehen. Gegen ein derartiges Diktat der ÖÖ. Ferngasgesellschaft müssen sich meiner Meinung nach alle Gemeinderäte, an der Spitze mit Bürgermeister Weiss zur Wehr setzen und nicht einfach dem erpresserischen

Druck nachgeben. Daher werde ich als Vertreter meiner Fraktion eben der beantragten Änderung des Erdgasliefervertrages mit der OÖ. Ferngas nicht die Zustimmung geben. Noch dazu, meine Damen und Herren, wo jeder weiß, daß es nach der letzten Erdgaspreiserhöhung von 43 %, bekanntlich im Vorjahr, also im Herbst 1981, die Profite RAG angewachsen sind und es kein Mengenproblem derzeit bei der OÖ. Ferngas gibt. Die OÖ. Ferngas verfügt derzeit meines Wissens über eine Speichermenge von rund 700 Millionen Kubikmeter, das ist weit mehr als ein halber Jahresbedarf für ganz Oberösterreich. Wie aus der Energiebilanz des statistischen Dienstes des Amtes der oö. Landesregierung hervorgeht, beträgt der Erdgasverbrauch in Oberösterreich gegenwärtig rund 1,1 Milliarden Kubikmeter. Rund 500 Milliarden Kubikmeter stammen dabei aus oberösterreichischen Lagerstätten der Englisch-Amerikanischen Rohölaufsuchungsgenossenschaft bekanntlich unter RAG. Die andere Hälfte besteht aus Importen. Im Bericht vom 20. Nov. 1982 heißt es, "mit dem Abschluß des sogenannten 4. Russengasvertrages" - wie man allgemein hier in der Öffentlichkeit sagt - "über eine jährliche Gasbezugsmenge von 600 Millionen Kubikmeter ist die Gasversorgung Oberösterreichs unter Berücksichtigung des derzeitigen Bedarfes auf viele Jahre gesichert, genauer gesagt auf die nächsten 25 Jahre." Also meine Damen und Herren, Erdgas ist derzeit in Oberösterreich keine Mangelware, daher glaube ich, daß man solche Verträge, die unter Zwang erpreßt werden, in diesen Zeiten eben nicht durchführen soll.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Punkt? Keine mehr. Der Berichterstatter bitte.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Werte Damen und Herren!

Wir sind trotzdem froh, daß wir die Menge auf 4.100 m³ anheben konnten, denn wir haben ja gesehen, daß wir keine Anschlußfreudigen mehr bedienen konnten, da wir ja ansonsten über die Spitze über 3.810 übersteigen würden. Jetzt sind wir auf der Spitze von 4.100 und das gibt natürlich die Möglichkeit den Stadtwerken, Anschlußwerber zu berücksichtigen. Ich möchte das schon als Erfolg sehen und auch den Verhandlern dafür danken, daß das möglich war, dies so zu erreichen. Ich ersuche Sie um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Keine gegenteiligen Meinungen mehr. Die Abstimmung ist nunmehr erforderlich. Wer ist für den Antrag, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Gegenprobe. Enthaltungen? Ja, 2 Stimmen. Damit beschlossen.

(2 Enthaltungen: 1 KPÖ, 1 FPÖ)

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der nächste Antrag betrifft die Jahresbilanz der Stadtwerke 1981. Bevor ich den Antrag stelle, möchte ich einige Bemerkungen dazu abgeben. Die Umsätze im Jahre 1981 der Teilbetriebe der Stadtwerke haben 88,272.978,-- betragen. Das bedeutet eine Steigerung gegenüber 1980 von 22,25 %. Im Wirtschaftsjahr 1981 wurden in den Teilbetrieben S 13,745.575,-- ohne Umsatzsteuer investiert. Für die Personalkosten wurden 1981 S 29,143.048,-- aufgewendet. Durch die Stadtwerke wurden aber auch Abgaben geleistet, und zwar Bundesabgaben in der Höhe von S 1,5 Mio. und eine Gebrauchsabgabe an die Stadtgemeinde in der Höhe von S 1,950.000,--. Es wurden selbstverständlich auch Zuschüsse der öffentlichen Hand den Stadtwerken zur Verfügung gestellt, und zwar von der Gemeinde als Verlustersatz

S 5,217.443,-- und außerdem S 1,000.000,-- vom Land als Zulage des Landes. Beim Verkehrsbetrieb war eine durchschnittliche Fahrpreiszunahme je beförderter Person mit 4 g gegeben und zu verzeichnen. Das ist dadurch bedingt, daß die Fahrgäste zunehmend von den Einzelfahrscheinen auf die Mehrfahrscheine übergehen. Die Tarifierhöhung vom 1. 4. 1980 hat daher nur einen Betrag von S 430.000,-- ergeben. Die Stadtwerke - der Verkehrsbetrieb hat zur Zeit 21 Busse mit 31. Dezember und ein Liniennetz von 51,5 km, ergibt eine Fahrtleistung für 1981 von 715.000 km, die gefahren wurden. Beim Wasserwerk stiegen die Betriebserträge gegenüber 1980 um S 1,086.000,--. Das ist eine Zunahme von 7,88 %. Die Zunahme ist zum überwiegenden Teil aus den geregelten Anschlußgebühren ab dem 1. 6. 1981 gegeben. Die Wasserwerke erarbeiteten einen Gewinn von S 100.969,-- und konnten eine Rücklage von S 5,000.000,-- schaffen. Vielleicht einige Zahlen zur Förderung. Es wurde Wasser gefördert. 1981 S 4,077.920 m3 gegenüber 4,061.090 m3, das sind um 16.830 m3 mehr. 3,481.761 m3 wurden verkauft. Das Rohrnetz der Wasserversorgung in Steyr beträgt 143 km. Das Gaswerk schließt mit einem Gewinn von 69.680,-- ab und hat in der abgelaufenen Gebarung im Wirtschaftsjahr eine freie Rücklage schaffen können von S 1,9 Mio, die zur Abdeckung des Vorjahres notwendig sind und zur Weiterführung von Investitionen verwendet werden müssen. Der Belegschaftsstand der Stadtwerke mit allen Betrieben umfaßt mit 31.12. 1981 109 Beschäftigte. Ich darf nun den Antrag des Stadtsenates stellen.

15) ÖAG-4188/82
 Stadtwerke Steyr;
Jahresbilanz 1981

Der Gemeinderat wolle beschließen:
 Die beiliegende Jahresbilanz 1981 der Stadtwerke Steyr wird genehmigt.

Gleichzeitig wird gemäß § 59 Abs. 2 Z. 1 c StS. der Dotation der Rücklagen (freie Rücklagen) bei den Teilbetrieben

Krematorium und Leichenhalle	S	50.000,--
Wasserwerk	"	5,000.000,--
Gaswerk	"	1,900.000,--
	S	6,950.000,--
		=====

zugestimmt.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung zur Genehmigung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke für den Bericht. Wortmeldungen? Bitte Herr Gemeinderat Schwarz.

GEMEINDERAT HERBERT SCHWARZ:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Nach diesem ausführlichen Bericht darf ich meine Zahlen abrunden und kurz fassen. Die uns vorgelegte Bilanz weist eine Bilanzsumme von rund S 187,000.000,-- auf. Das Eigenkapital beträgt unter Einrechnung der gebildeten Rücklage S 75,000.000,--. Nach Abzug der Wertberichtigungs-posten zum Anlagevermögen beträgt das gesamte Vermögen S 109,000.000,--, hievon entfallen auf Eigenkapital, bereits erwähnt, S 75,000.000,-- und auf Fremdkapital S 34,000.000,--. Bei 109 Beschäftigten in den Stadtwerken ergibt sich ein Kapitalbedarf für einen Arbeitsplatz von rund S 1,000.000,--. Von diesem Betrag sind 670.000,-- durch Eigenkapital gedeckt und der Rest durch Fremdmittel. Diese Summen sind beträchtlich und steigen von Jahr zu Jahr. Sie liegen jedoch in gleicher Höhe wie in der Privatwirtschaft. Lediglich die Eigenkapitalausstattung ist in

der Privatwirtschaft nicht so günstig wie bei den Stadtwerken, wo jährlich Kapitalzuführungen durch Verlustersatz bei der Kunsteisbahn, Stadtbad sowie Grundleistung und die Subvention durch das Land Oberösterreich erfolgen. Durch besonders hohe Investitionen bei den Wasserwerken und Gaswerk ist der Wert des Anlagevermögens ohne Berücksichtigung der Wertberichtigung von S 151.000.000,-- auf 162.000.000,-- angestiegen. Das Umlaufvermögen hat sich von 1980 (S 16 Mio) auf 25 Mio im Jahre 1981 erhöht. Die Erhöhung ergab sich bei der Position Forderungen. Auch hier machen sich Schwierigkeiten beim Inkasso sowie in der gesamten übrigen Wirtschaft offensichtlich bemerkbar. Die Zahlungsmoral hat sich geändert. Man hat früher in der Wirtschaft den Zahlungsvermerk angebracht "Berechnungen dankend erhalten". Heute schreiben wir uns darauf "Gott sei dank, noch erhalten". Bei den einzelnen Teilbetrieben sind bei den Aufwendungen keine besonderen Veränderungen eingetreten, außer der normalen Teuerungsrate. Zu einem Ansteigen des Verlustes beim Verkehrsbetrieb auf S 4,6 Mio im Jahr 1981 ist es - wie bereits erwähnt - durch das Wachsen der Ausgaben bei gleichbleibenden Einnahmen gekommen. Der Bestattungsbetrieb weist einen Verlust von S 544.000,-- aus. Es müssen jedoch die Steuernachzahlungen für vergangene Jahre sowie Vorauszahlungen für 1982, die nicht in diesem Jahr als Aufwand eingerechnet werden können, abgezogen werden. Diese Korrektursumme beträgt S 545.000,-- und ist somit gleich hoch wie der Verlust, sodaß von einem ausgeglichenen Ergebnis gesprochen werden kann. Im Jahre 1980 war noch ein Gewinn von S 100.000,-- zu verzeichnen. Auch hier ist deutlich ein Absinken des Gewinnes erkennbar. Vielleicht als Vergleich: 1979 war der Gewinn im Bestattungsbetrieb noch S 400.000,--, 1980 S 100.000,-- und 1981 S 0,--. Die geringere Ertragslage macht auch vor solchen sogenannten krisensicheren Betrieben nicht Halt. Ein Privatunternehmer müßte in diesem Fall seinen Lebensunterhalt vom Kredit bestreiten. Der Teilbetrieb Krematorium - Leichenhalle ist fast unverändert, weil es sich hier zum Großteil ja nur um Gebühren handelt. Beim Wasserwerk sind die Einnahmen und Ausgaben - wie ebenfalls vom Berichtersteller ausgeführt - fast unverändert, nur die Anschlußgebühren sind von S 63.000,-- auf 825.000,-- angestiegen. Dadurch ist es in diesem Jahr wiederum zu einem Gewinn von rund S 5 Mio gekommen. Im Gaswerk ist es durch eine gewaltige Tarifierhöhung im Jahre 1981 und die Ausweitung des Gasnetzes gelungen, die Einnahmen von S 27 Mio im Jahre 1980 auf S 41 Mio 1981 zu steigern. Das Jahr 1981 schließt daher mit einem Gewinn von rund S 2 Mio ab. Der Verlust von 1980 konnte in der Größenordnung von S 1 Mio somit aufgesaugt werden. Die Erhöhung des Verlustes im Stadtbad auf S 4.368.000,-- ist durch die Kostensteigerung beim Materialaufwand entstanden. Durch notwendige Instandhaltung und Anpassung der Personalkosten ist der Verlust im Jahr 1981 im Teilbetrieb Kunsteisbahn auf S 849.000,-- angestiegen. Die Verluste des Stadtbades und Kunsteisbahn sind kaum vermeidbar, da eine Anhebung der Einnahmen nicht sinnvoll erscheint und die Ausgaben zwangsläufig durch die Inflation steigen. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß das Kontrollamt die Stadtwerke geprüft hat und sich von der materiellen Richtigkeit überzeugen konnte. Meine Fraktion wird daher dem Antrag die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke für den Bericht des Obmannes des Prüfungsausschusses. Nächster Sprecher Herr Gemeinderat Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Die Jahresbilanz 1981 der Stadtwerke, geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, weist auf der einen Seite in den Teilbe-

reichen Verkehrsbetrieb, Bestattung, Stadtbad, Kunsteisbahn Verluste in der Höhe von S 10,350.000,-- auf. Demgegenüber stehen aber in den Teilbereichen Krematorium - Leichenhalle - Wasserwerk - Gaswerk insgesamt S 7,1 Mio Gewinne gegenüber. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, Rücklagen kann man nur dann bilden, wenn vorher dementsprechende Gewinne erwirtschaftet wurden. Das war alleine in % ausgedrückt beim Wasserwerk 34 %. Das veranlaßt mich seitens der FPÖ einen Vorschlag dazu zu unterbreiten, den ich im übrigen bei ähnlichen Debatten bereits mehrmals gemacht habe, nämlich die Sanierung der Teilbereiche der Stadtbetriebe untereinander vorzunehmen. Denn es ist einfach nicht einzusehen, daß ein Gesamtbetrieb wie die Stadtwerke nicht ebenso vorgeht wie Privatunternehmungen auch, die mit den Gewinnen aus Teilbereichen die Verluste anderer Teilbereiche abdecken und sanieren. Damit würde man den Gesamtverlust wesentlich geringer halten können und man hätte den Bürgern unserer Stadt, die diese Dienstleistungen der Stadt Steyr in Anspruch nehmen, bereits mehrere Tarifierhöhungen ersparen können, denn die Stadtwerke der Stadt Steyr erstellen nun einmal eine Gesamtbilanz und haben auch nur eine Kassa. Ich kenne auch bereits Ihre Argumentation, meine Damen und Herren der SPÖ-Rathaus-Mehrheit, daß eben die Bildung von Rücklagen eine Notwendigkeit darstellt für besondere Maßnahmen. Sollten aber tatsächlich in diesen Dienstleistungsbereichen finanzielle Mittel erforderlich sein, so wären diese unserer Meinung nach aus dem allgemeinen Steueraufkommen zu entnehmen. Selbstverständlich müßte dann in anderen Bereichen eingespart werden. Aber auch das wäre möglich, beispielsweise bei den Ausgaben für Repräsentationen, bei den Ausgaben für nichtrückzahlbare Darlehen sowie Subventionen und anderen Geschenken. Man ist aber offensichtlich nicht bereit, in diesem Bereich Änderungsmaßnahmen durchzuführen und setzt somit den ersten Schritt für neue Tarifierhöhungen. Wir werden aber seitens der FPÖ dem vorgelegten Antrag die Zustimmung geben, vorbehaltlich jedoch dieser vorgebrachten Kritik und vor allem des Vorschlages der finanziellen Sanierung der Teilbereiche der Stadtwerke untereinander. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke Kollege Eichhübl. Nächster Debattenredner Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister Schwarz, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Zur Jahresbilanz der Stadtwerke mit ihren 7 Teilbetrieben möchte ich feststellen, daß sie im Vergleich zur Bilanz im Jahr 1980 meiner Meinung nach trotzdem positiv ausgefallen ist. Ich möchte wiederum einen Satz zitieren in Zeiten wie diesen in der kapitalistischen Wirtschaftskrise konnte - meiner Meinung nach - durch eine kluge Geschäftsführung noch von Schlederer und Wein, und in Zukunft hoffe ich auch des Herrn Riedler, aber auch durch enorme Tarifierhöhungen in den Teilbetrieben Wasserwerk, Krematorium, Leichenhalle sowie Gaswerk immerhin zusammen S 172.630,-- Gewinne und Rücklagen in der Höhe von S 6,950.000,-- erzielt werden. Meine Damen und Herren, wenn man nun die Gewinne und Rücklagen zusammenzählt, so ergibt dies über S 7,000.000,--. Wenn ich wiederum vergleiche zu der Bilanz 1980 waren dies ja damals nur S 5,000.000,--, also sind die Gewinne und Rücklagen im Jahr 1981 um S 2,000.000,-- angewachsen. Dazu kommen natürlich auch Anlagenabschreibungen in allen Teilbetrieben in der Gesamthöhe von über S 6,164.000,--, die in der Bilanz unter Aufwände ausgewiesen werden. Nun, meine Damen und Herren, stellt man die Verluste der Teilbetriebe, die ja teilweise schon angeführt wurden, wie Verkehrsbetrieb mit S 4,595.000,--, die Bestattung mit S 544.000,--, das Stadtbad mit S 4,368.000,-- oder die Kunsteisbahn S 849.000,--, zusammen sind das rund S 10,350.000,--, den Rücklagen mit S 13,164.000,-- gegenüber, so ergibt

sich ein Betrag im Ausmaß von rund S 2,814.000,--. Dies, meine Damen und Herren, in einem Jahr, in dem vor allem auch die Energiekosten Strom, Gas, Heiz- und Dieselöl auch gewaltig erhöht wurden. Z. B. erhöhten sich allein die Heiz- bzw. Stromkosten im Stadtbad gegenüber 1980 von rund S 1,6 Mio auf fast S 2,0 Mio oder die Treibstoffkosten für die städt. Autobusse stiegen um fast 0,5 Mio auf über S 2,280.000,--. Das wiederum verglichen gegenüber 1979 ist eine Verdopplung der Treibstoffkosten, wobei auch der Kollege Schwarz darauf hingewiesen hat, daß ja die Einnahmen auf der anderen Seite mehr oder weniger gleich geblieben sind. Aber die Bilanz 1981 zeigt auch, daß die Stadtwerke über eine gute finanzielle Grundlage verfügen und daher keine großen Finanzprobleme haben, wie dies bei den Privatunternehmungen schon lange der Fall ist.

Diese positive Bilanz zeigt aber auch gleichzeitig, daß ich als Sprecher der KPÖ-Fraktion in den vergangenen Jahren sowie auch im Jahr 1981 richtig gehandelt habe und den diversen Gebühren- und Tarifierhöhungen der Mehrheitsfraktion oder der Mehrheit des Gemeinderates die Zustimmung verweigerte. Denn es gilt halt einmal für uns Kommunisten nach wie vor der Grundsatz, kommunale Leistungen sollen und müssen nicht unbedingt mit kostendeckenden Gebühren und Tarifen verbunden sein, aber ich glaube, schon gar nicht mit der Gewinnerzielung. Ich vertrete auch heute die Ansicht, anstelle der großzügigen Millionenförderung für ausländische Unternehmungen müßte in Zukunft dieser Gemeinderat unseren eigenen Betrieben, nämlich unseren städtischen Betrieben, mehr Förderungsmittel zukommen lassen, als dies bisher der Fall war, im Interesse einer sozialen und kommunalen Gebühren- und Tarifpolitik hier in der Stadt Steyr. Dem vorliegenden Ziffern- und Zahlenwerk werde ich selbstverständlich die Zustimmung geben. Natürlich werde ich nicht nachträglich die Zustimmung geben zu den Tarif- und Gebühren-erhöhungen, die ich im Laufe des Jahres 1981 abgelehnt habe.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke Kollege Tremml. Wünscht noch jemand zu diesem Antrag zu sprechen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Der Berichterstatter bitte das Schlußwort.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Ich möchte Ihnen nur sagen, daß ja die Stadtwerke aufgrund des Organisationsstatutes verpflichtet sind, Rücklagen zu schaffen, um technische Aufgaben durchzuführen.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich habe das positiv erwähnt.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Ja, weil Du sagst, man könnte. Aber wer übernimmt dann die Kosten? Sie sehen ja in der Bilanz, welche Kosten in der Wasserversorgung, in der Gasversorgung anfallen. Die Wasserversorgung ist noch in der Entwicklung. Uns stehen verschiedene große Projekte bevor. Wenn wir keine Rücklagen schaffen würden, würden Sie im Gemeinderat befaßt werden, Gelder bereitzustellen von der Gemeinde her. Andere Aufgaben müssen eben dann zurückgestellt werden. Ich glaube, daß die Aufgabenstellung richtig ist und daß es richtig ist, Rücklagen zu schaffen, um eben die Investitionen für unsere Stadt in allen Bereichen schaffen zu können. Für das Bad und für die Kunsteisbahn leistet die Gemeinde den Verlustersatz. Ich darf dazu gleich erwähnen, daß man hier auch versucht, vor allem bei den Bädern Kosten einzusparen durch Maßnahmen, die getroffen werden, um Energiekosten, die ja enorm steigen, hier einsparen zu können.

Ich glaube, daß die Bilanz so vorgestellt wurde, wie sie ist, und daß sie in Ordnung ist und ich ersuche nochmals um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Enthält sich jemand der Stimme? Ich darf feststellen, daß die Einstimmigkeit in diesem Fall gegeben ist. Danke für den Bericht Herr Kollege Kinzelhofer. Kollege Wallner ist der nächste.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Mein Antrag betrifft die Genehmigung einer Baukostenüberschreitung bei der Hangsanierung Lauberleite. Der Antrag lautet.

- 16) Bau 3 - 6690/81
Hangsanierung Lauberleiten;
Baukostenüberschreitung;
Antrag um Mittelfreigabe

Der Gemeinderat wolle beschließen

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 1. April 1982 wurde der Auftrag zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zur Hangsanierung der Lauberleite an die Firma Ferro-Betonit, Linz, zum Preis von S 3,967.819,38 übertragen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 1. 10. 1982 wird nunmehr einer Erweiterung dieses Auftrages um einen Betrag von insgesamt S 3,135.000,--, inkl. Ust, zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung von

S 3,135.000,-- (dreimillioneneinhundertfünfund-
dreißigtausend)

bei VSt 5/6160/0021 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Rücklagenentnahme zu erfolgen.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wird eine Diskussion gewünscht. Ich sehe, daß dies nicht der Fall ist. Bitte ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dafür sind. Danke. Gegenstimmen sehe ich keine. Auch keine Enthaltungen. Einstimmig angenommen. Herr Kollege Wippersberger ist der nächste Berichterstatter.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe insgesamt 5 Anträge zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Der erste dieser 5 Anträge ist die Lustbarkeitsabgabeordnung 1982. Das Amt der oö. Landesregierung hat die Novellierung der Lustbarkeitsabgabe beschlossen. Dieser Novellierung sollen wir beitreten und so liegt Ihnen der heutige Antrag zur Beschlußfassung vor. Bei dieser vom Land ausgearbeiteten Neufassung der Lustbarkeitsabgabeordnung geht es weniger darum, der Gemeinde höhere Einnahmen zu sichern als vielmehr das Überhandnehmen der Spielautomaten einzudämmen. Ich glaube, ich kann es mir und Ihnen ersparen, die sehr umfangreiche Verordnung zu verlesen bzw.

ich habe auch den Amtsbericht hiezu bekommen. Ich darf mich daher auf den Antrag in Kurzform begnügen.

17) Gem X - 1616/76
Lustbarkeitsabgabeordnung
1982; Neukonzeption

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 7. Oktober 1982 wird nachstehende Lustbarkeitsabgabeordnung 1982 genehmigt.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jemand das Wort dazu? Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe ja bereits in der letzten Finanz- und Rechtsausschußsitzung zur Novellierung der Lustbarkeitsabgabeordnung 1982 und im besonderen zur Erhöhung der Lustbarkeitsabgabe für Spielautomaten ausführlich Stellung genommen und es hat eine sehr umfangreiche Diskussion darüber gegeben. Ich möchte das heute nicht ganz so breit machen, aber doch das eine oder andere wiederholen. Es sei nach meiner Auffassung höchst anrühlich, den Spielteufel gewähren zu lassen, wenn er nur genügend Geld für die Stadtkasse abgibt oder abwirft. Ein Laster wird nämlich meiner Meinung nach nicht moralischer, wenn es für die Stadt ertragreicher ist, indem man die Abgabe für einen Spielautomaten von derzeit S 10,-- auf S 600,-- und S 1.000,-- pro Apparat und Monat erhöht. Außerdem müsse die Frage gestellt werden, wer denn eigentlich diese gastronomisch erhöhte Lustbarkeitsabgabe in Zukunft bezahlen wird. Soweit ich informiert bin, sind ja die Eigentumsverhältnisse auch hier in unserer Stadt sehr unterschiedlich. Es gibt z. B. Gaststätten, die solche Automaten besitzen, aber wiederum andere, die sie nur gepachtet haben. Es müsse untersucht werden, ob die Steuer nicht vom Ertrag solcher Automaten bezahlt werden könnte, sodaß man zu einer Regelung käme, Steuern für das Hasatspiel finanzieren zu müssen. Wenn aber Gastwirte einen Einnahmefall auf die Preise überwälzen, dann kommt es dazu, daß die nicht spielende Mehrheit der Gäste die Steuer für die Spieler zahlen müssen. Im Prinzip ist gegen eine hohe Besteuerung der Glücksspielautomaten nichts einzuwenden, aber die Lösung, die ja doch durch die Novellierung der Lustbarkeitsabgabeordnung getroffen wird, sähe auch vor, daß völlig harmlose Zerstreuer, wie z. B. Fußballautomaten, ebenfalls mit einer Steuer von S 300,-- pro Apparat statt bisher mit S 10,-- belegt werden. Eine derartige Besteuerung ist nach Auffassung meiner Partei entschieden zu hoch, weil sie vielfach Kinder betreffe. Aber die Problematik der hohen Besteuerung von Automaten sei nach meiner Auffassung überhaupt vom Land zu wenig durchdacht. Daher werde ich bei der Abstimmung mich der Stimme enthalten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Weitere Wortmeldung dazu? Herr Gemeinderat Leithenmayr.

GEMEINDERAT HERMANN LEITHENMAYR:

Sehr verehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Offenbar verknüpft man hier verschiedene Probleme und in diesem Fall, so glaube ich, ist es ja eine vorbeugende Maßnahme, die der Gesetzgeber getroffen hat. Es ist nämlich durchaus nicht so, daß es in allen Branchen in der Wirtschaft Schwierigkeiten gibt. Der Amerikanische multinationale Konzern, Warner Brothers z.B., hat innerhalb von 10 Jahren ein Imperium aufgebaut mit den Videospiele um die es hier geht,

der jetzt einen Absatz von 30 Milliarden Dollar erzielt. Mit diesen Spielen, die sich immer mehr in den letzten Jahren verbreitet haben, wird natürlich in erster Linie Jugendlichen, zum Teil Kindern, das Geld aus der Tasche gezogen. In Deutschland gibt es die Erfahrungen in letzter Zeit, daß sehr viele Arbeitslose spielen. Ich glaube, daß diese Maßnahme lenkend sein soll, auch so verstanden werden soll und ich finde es richtig, daß man hier einen Riegel vorschiebt. Es hat keinen Sinn, einer Scheinwelt hier auszuweichen und gerade diese Automaten sind ja in den meisten Fällen sehr aggressiv, es wird ein Spiel nach dem anderen angeboten und es wird dort eigentlich gegen diese Friedensbestrebungen sehr viel gearbeitet. Ich bin der Meinung, daß diese Maßnahme an und für sich richtig ist.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke, weitere Wortmeldungen? Keine. Bitte der Berichterstatter.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich brauche mich nicht mehr verbreitern. Mein Vorredner hat das ja bereits im wesentlichen gesagt, was ich sagen wollte. Lieber Kollege Tremml, wir wollen mit dieser Novellierung Laster, wie du das bezeichnet hast, eindämmen. Das ist der Grund. Ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ist jemand gegen den Antrag, bitte aufzeigen. Nicht der Fall. Enthaltungen. Der Antrag ist mit einer Stimmenthaltung (GR Tremml - KPÖ) beschlossen. Danke.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der zweite Antrag betrifft den Straßen- und Kanalbau für die Unterführung der Neuschönauer Hauptstraße beim Isabellenhof. Der Antrag lautet:

- 18) Bau 3 - 5992/80
Eau 6 - 3099/82
Straßen- und Kanalbau für die Unterführung Neuschönauer Hauptstraße beim Isabellenhof

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 5. Oktober 1982 wird infolge Unterschreitens des Bauzeitplanes für den Straßen- und Kanalbau zur neuen Unterführung der Neuschönauer Hauptstraße um ca. 6 Wochen für den Straßenbau ein Betrag in Höhe von

S 800.000,-- (Schilling achthunderttausend)

als Kreditüberschreitung bei VA-St. 5/6121/0023 bewilligt und für den Kanalbau ein Betrag in Höhe von

S 100.000,-- (Schilling einhunderttausend)

bei VA-St. 5/8112/0500 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung in Höhe von

S 100.000,-- (Schilling einhunderttausend)

bei derselben Voranschlagsstelle bewilligt.

Die Deckung für die Kreditüberschreitungen hat durch Entnahme aus Rücklagen zu erfolgen.

Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat der Stadt Steyr infolge Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag vernommen. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Dem ist nicht so. Ist wer gegen den Antrag? Nein. Enthaltungen auch nicht. Somit einstimmig beschlossen.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSEBERGER:

Der nächste Antrag befaßt sich mit der Aufschließung A. Zelenkastraße. Der Antrag lautet:

- 19) Bau 6 - 5886/82
Aufschließung A. Zelenkastraße;
Übernahme in das öffentliche Gut;
Refundierung der Aufschließungs-
kosten an die Fa. Hamberger

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 4. 11. 1982 wird die kostenfreie Übernahme der Grundstücke 446/2 im Ausmaß von 668 m² und 445/4 im Ausmaß von 809 m², EZ. 420, beide KG Gleink, in das öffentliche Gut genehmigt.

Unter einem wird der Refundierung der Kosten für die Durchführung des Straßenbaues auf diesen Grundstücken in Höhe von S 180.000,-- plus 18 % USt an die Fa. Hamberger zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 212.400,-- (zweihundertzwölftausendvierhundert)

werden bei der VSt 1/6120/6110 freigegeben.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ist jemand gegen den Antrag? Sprechen will niemand. Eine Enthaltung wird auch nicht vernommen. Somit einstimmig beschlossen.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der vierte Antrag beschäftigt sich mit einer außerordentlichen Subvention zur Sanierung des Sportplatzgebäudes ATSV Stein. Der Antrag lautet:

- 20) ATSV Stein; außerordentliche Sub-
vention zur Sanierung des Sport-
platzgebäudes

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 8. 11. 1982 wird dem ATSV Stein über Ansuchen zur dringenden Sanierung des Garderobengebäudes am Sportplatz Stein grundsätzlich eine außerordentliche Subvention in Höhe von

S 150.000,-- (einhundertfünfzigtausend)

auszahlbar in 2 Raten in den Jahren 1982 und 1983 gewährt, wobei aufgrund der äußerst dringenden Dachsanierung die Rate für 1982 mit S 100.000,--

und jene für 1983 mit S 50.000,-- zu bemessen ist.

Für das Kalenderjahr 1982 wird demnach eine Subventionsrate von

S 100.000,-- (einhunderttausend)

gewährt, wovon unter Bezugnahme auf die vom Gemeinderat verfügte 20%ige Kreditsperre ein Betrag von

S 80.000,-- (achtzigtausend)

zur Auszahlung gelangt. Die Abrechnung hat in der üblichen Weise gegen Vorlage von entsprechenden Firmenrechnungen zu erfolgen.

Der Subventionsbetrag ist bei VSt 1/2690/7770 freizugeben.

Ich ersuche um Annahme.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Zum Bericht keine Wortmeldung. Ist jemand dagegen? Enthaltungen auch nicht. Somit ist der Antrag einstimmig angenommen. Nächster Punkt.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der fünfte und zugleich letzte Antrag von mir ist der Nachtragsvoranschlag 1982. Der Nachtragsvoranschlag ist wie immer, werte Kolleginnen und Kollegen eine teilweise Berichtigung und Abänderung des Haushaltsvoranschlages aufgrund der im laufenden Haushaltsjahr durchgeführten Beschlüsse des Gemeinderates und des Stadtsenates. Er umfaßt die voraussichtlichen tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben in diesem Jahr. Und wenn ich voraussichtlich sage, dann deswegen, weil erst der Rechnungsabschluß 1982 selbst die echten tatsächlichen genauen Daten liefern kann. Sowohl auf der Einnahmen, besonders aber auf der Ausgabenseite sind Berichtigungen wahrscheinlich, da ja heute noch nicht exakt gesagt werden kann, inwieweit z. B. begonnene Baumaßnahmen tatsächlich noch in diesem Jahr in Rechnung gestellt und zur Auszahlung gelangen werden. Soviel zum Grundsätzlichen und nun zum Zahlenwerk selbst. Der ordentliche Haushalt sieht bei den Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben eine Erhöhung von S 446,497.200,-- auf S 462,956.200,--. Die Reineinnahmen und -ausgaben erhöhen sich von S 411.397.200 auf S 427,816.200,--. Der außerordentliche Haushalt sieht bei den Gesamteinnahmen eine Erhöhung von S 50,600.000,-- auf S 111,311.000, -- vor und die Gesamtausgaben eine Erhöhung von S 68,400.000,-- auf ebenfalls S 111,311.000,--. Der ordentliche und der außerordentliche Haushalt gilt demnach als ausgeglichen. Wie Sie diesen Zahlen entnehmen können weisen die Einnahmen im ordentlichen Haushalt gegenüber dem Voranschlag lediglich Mehreinnahmen im Ausmaß von S 16,4 Mio, d. s. 3,67 %, mehr als veranschlagt auf. Der Grund hierfür mindere Einnahmen, eine Kürzung der Abgabenertragsanteile des Bundes um 8,2 Mio Schilling als Folge des Ergebnisses der Volkszählung 1981. Das Absinken unserer Wohnbevölkerung hat eine sehr deutliche negative Auswirkung auf der Einnahmenseite erbracht. Die Mehreinnahmen, die auf der Einnahmenseite im ordentlichen Haushalt erzielt wurden, requirierten sich vor allem aus der Gruppe 9 Finanzwirtschaft mit S 8,9 Mio, der Gewerbesteuer mit S 3 Mio, der Lohnsummensteuer mit S 2,5 Mio, der Getränkesteuer mit S 2 Mio, der Gruppe 4 Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung mit S 3,7 Mio, der Gruppe 0 Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung mit S 1,5 Mio und der Gruppe 8 auf dem Dienstleistungssektor mit S 1,2 Mio. Bei allen übrigen Gruppen gab es auf der Einnahmenseite nur geringfügige Änderungen, die insgesamt nur ca. S 900.000,-- bringen. Die im Nachtragsvoranschlag aufgliederten Ausgaben werden

im gleichen Ausmaß erhöht wie die Einnahmen. Zugleich war es möglich, S 4,5 Mio der Mehreinnahmen dem außerordentlichen Haushalt zuzuführen. Und nun zu den wichtigsten Veränderungen bei den Ausgaben im ordentlichen Haushalt. Die betragsmäßig größte Ausgabenerhöhung verzeichnete wiederum die Gruppe 9 Finanzwirtschaft, und zwar mit rund S 6,100.000,--. Neben der an und für sich erfreulichen Zuführung von S 4,5 Mio, wie schon von mir erwähnt, an den a.o.H. ist die für uns sehr unerfreuliche Erhöhung der Landesumlage von S 23 auf S 25,3 Mio, also eine Erhöhung um 2,3 Mio Schilling hier sichtbar. Bei der Gruppe 4 Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung ergab sich eine Erhöhung um knapp S 3 Mio, hervorgerufen vor allem durch Barleistungen im Rahmen der Sozialhilfe und Betriebsausstattung und Betriebskosten beim Altersheim. Die Gruppe 8 Dienstleistungen erfährt eine Erhöhung um S 2,2 Mio. Hier sind es vor allem die Mehrausgaben beim Winterdienst des städt. Wirtschaftshofes. In der Gruppe 1 Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung ergibt sich eine Erhöhung um S 1,6 Mio. Mehr als die Hälfte dieser Mehrausgaben entfällt auf Maschinen und maschinelle Anlagen bei der elektronischen Datenverarbeitung. Alle übrigen Gruppen zusammen weisen geringfügige Erhöhungen von insgesamt S 3,5 Mio auf. Und nun kurz noch zum außerordentlichen Haushalt. Die wesentlichsten Änderungen auf der Einnahmenseite betreffen die Entnahmen aus den Rücklagen, die Verkäufe von unbebauten Grundstücken, die Kapitaltransferzahlungen vom Land, die schon erwähnte Zuführung aus dem ordentlichen Haushalt sowie eine Erhöhung der Darlehensaufnahme von S 20 Mio auf S 25 Mio. Bei der Ausgabenseite fällt bei den Mehrausgaben vor allem der Ankauf von Grundstücken mit S 16,2 Mio ins Gewicht sowie die Hangsanierung Lauberleite mit mehr als S 7 Mio, das Bildungszentrum Resthof mit S 4,6 Mio, der Kanal Münichholz und die Wohnbauförderungs-darlehen mit rund S 4 Mio, die Hangsicherung "Unterer Schiffweg" mit S 2,8 Mio, die Belagsarbeiten an der Schönauerbrücke mit S 2,7 Mio und die Unterführung Isabellenhof mit S 2 Mio. Dem Nachtragsvoranschlag angeschlossen ist auch ein Sammelnachweis über Änderungen der Personalkosten, aus dem Sie ersehen können, daß die für das Budget 1982 veranschlagten Personalkosten nicht nur nicht überschritten, sondern sogar darunter liegen. Meine Damen und Herren, ich glaube, ich kann es mir und auch Ihnen ersparen, noch auf weitere Details des Nachtragsbudgets 1982 einzugehen. Sie haben ja die Unterlagen erhalten und ich darf nunmehr den vorliegenden Antrag zur Verlesung bringen.

21) Ha - 3600/81

Nachtragsvoranschlag 1982

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 15.12.1981, Ha - 3600/81, womit der Voranschlag 1982 genehmigt wurde, wird im Sinne des anliegenden Nachtragsvoranschlages für das Jahr 1982 wie folgt abgeändert:

1. Der ordentliche Haushalt

a) die Gesamteinnahmen von	
S 446,497.200,-- auf	S 462,956.200

die Gesamtausgaben von	
S 446,497.200,-- auf	S 462,956.200

S -,-

=====

b) die Reineinnahmen von	
S 411,397.200,-- auf	S 427,816.200

die Reinausgaben von	
S 411.397.200,-- auf	S 427.816.200

-,-

=====

2. Der außerordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von
S 50,600.000,-- auf S 111,311.000,--

die Gesamtausgaben von
S 68,400.000,-- auf S 111,311.000,--

-,-

=====

Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 15. 12. 1981 betreffend den Voranschlag für das Jahr 1982 bleiben unverändert.
(Beilage 2)

Ich ersuche Sie, dem Nachtragsvoranschlag Ihre Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Ich habe bereits 4 Wortmeldungen vorliegen. Herr Gemeinderat Holub, Herr Gemeinderat Eichhübl, Herr Gemeinderat Tremml, Herr Stadtrat Wallner. Ich bitte Sie, diese Reihenfolge einzuhalten und nun zu den Beiträgen.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, der Nachtragsvoranschlag ist immer wieder eine Reminiszenz an die Ereignisse des laufenden Jahres und zeigt dann wieder, was so alles beschlossen wurde, sei es nun plangemäß verlaufen oder sei es unplangemäß verlaufen. Die Gegenüberstellung von Mehr- und Mindereinnahmen und Mehr- und Minderausgaben wurde durch den nunmehrigen Finanzreferenten Stadtrat Wippersberger im wesentlichen ja schon so deutlich klargeführt, daß ich Sie mit einer Wiederholung dieser Zahlen nicht notwendigerweise langweilen zu müssen glaube. Ich möchte nur einige Details daraus hervorheben. Ich möchte mich im wesentlichen auf den außerordentlichen Haushalt beschränken, der ordentliche Haushalt wurde so klar dargelegt, daß eine weitere Erwähnung dazu als zeitraubend erschiene. Bei den Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes gibt es doch wesentliche Überschreitungen. Kollege Stadtrat Wippersberger hat schon gesagt, die Entnahme aus Rücklagen spiegelt sich natürlich wider im Zahlenwerk, sodaß das Ganze doch in einer Dimension auseinander geht, die größer ist als ursprünglich vermutet. Unterschreitungen im Haushalt haben wir um S 17,5 Mio gehabt. Tatsächlich aber durch neue und nicht geplante Maßnahmen im außerordentlichen Haushalt eine Überschreitung von S 42,9 Mio. Diese Spanne sollte uns zu denken geben. Wir haben in der Tat außer oder ohne Plan ca. 60 Mio Schilling im Budget eine Ausweitung gehabt. Dieses ohne entsprechende Mittel Vorhersehen bedeutet andererseits, daß es sehr bedauerlich ist, daß wir von der Handhabung der mittelfristigen Budgetplanung abgegangen sind. So wichtig und notwendig zweifellos das Entwicklungsprojekt oder Entwicklungskonzept für den Raum Steyr war, so bedauerlich ist es in wirtschaftlich schwereren Zeiten, daß man von dieser mittelfristigen Planung abgegangen ist. Es ist insoferne bedenklich, weil auf diese Art und Weise die Gefahr besteht, daß gegen Steuermaßnahmen, gegen sich abzeichnende Schwierigkeiten, dann nicht mehr budgetierbar ist. Das ist das Schwierige. Ich glaube, ich gehe konform mit den meisten hier Anwesenden, die das Abgehen vom mittelfristigen Budgetkonzept bedauern, weil gerade in schwierigen Zeiten ein konzeptloses Verhalten halt doch nicht immer das Beste ist. Zweifellos räume ich ein, daß es korrekt ist, was gesagt wurde, daß verschiedene Maßnahmen plötzlich notwendig wurden und natürlich auch zu Haushaltsausweitungen führen mußten. Ob dann alle Ausweitungen tatsächlich notwendig waren, die zu diesen Ausweitungen

geführt haben, wage ich anzufechten. Ich erinnere nur an eine Grundkaufaktion, die sicherlich von sehr zweifelhaftem Wert für die Nutznießung der Stadt Steyr und ihrer Bürger ist. Sie wissen alle, was ich meine. Das ist diese Grundtransaktion im Bereich der Stelzhamerstraße. Diese und ähnliche Sachen wirken sich natürlich dann zum Nachteil des Erscheinungsbildes des Budgets ab. Besonders hervorgehoben wurde durch Herrn Stadtrat Wippersberger die Landesumlage, weil sie um S 2,3 Mio erhöht wurde. Es steht ja auch schon im Amtsbericht begründet diese Erhöhung, die von der Finanzkraft der Stadt genommen wird. Schon bei der Budgetdebatte 1982 bzw. beim Rechnungsabschluß 1981 haben wir ja darauf hingewiesen, daß die veränderte Einnahmensituation im Jahr 1981, insbesondere die Gewerbesteuernachzahlung dieses Erscheinungsbild der Finanzkraft der Stadt sehr zum Nachteil der Stadt verändern wird. Es geht ja da nicht nur um die Landesumlage, sondern z. B. auch um den Krankenanstaltenbeitrag und ähnliches, die alle auf der Basis der Finanzkraft genommen werden. Insoferne war es ja so schön, daß zusätzlich Geld gekommen ist. Bedauerlich, daß das alles auf einmal gekommen ist und zeigt dann natürlich auch seine Auswirkungen. Man sollte aber diese gesteigerte Landesumlage dann einmal mit den Einnahmen vom Land her wieder in eine Relation setzen. Selbst bei einem sehr oberflächlichen Blick fallen einem einige markante Zahlen beim außerordentlichen Haushalt als Einnahmen auf, die ursprünglich gar nicht budgetiert waren, also diese Mitteleinnahme auch nicht unbedingt vorhersehbar war, wo aber hingegen die Mehrausgabe aus der Landesumlage vorhersehbar war, weil man ja die Finanzkraft selber abschätzen kann. Zweifellos war dies zum Budget nicht mehr möglich. Die Stadtwerke haben eine ursprünglich nicht präliminierte Subvention vom Land von S 3 Mio bekommen. Für Park- und Gartenanlagen hat es S 2 Mio gegeben, die nicht in die Einnahmen des außerordentlichen Haushalts präliminiert waren. Diese drei Zahlen allein sind schon 7,9 Mio gegenüber der inkriminierten Erhöhung von S 2,3 Mio. Also so sehr zum Nachteil der Stadt ist es dann doch nicht ausgegangen, weil das wesentliche Merkmal der Landesumlage ja das ist, daß das Land dadurch mit Mitteln versorgt wird, die es im Bedarfsfall wieder weiter verwenden kann. Sicherlich ist es immer wieder für die Budgeterstellung bedauerlich, wenn man etwas abgeben muß, aber zweifellos ist es erfreulicher, etwas einzunehmen, obwohl der alte Bibelspruch ja heißt, daß Geben seliger als Nehmen wäre, aber das gilt für alle, nur nicht für den Betroffenen selbst. Ich möchte in diesem meinem Beitrag zum Nachtragsvoranschlag nochmals sehr dringlich auffordern an Beratungen zu gehen zur Erstellung eines Budgetkonzeptes. Wir werden sonst ziffernmäßige Ansätze liefern, wie es sich jetzt schon in der letzten Zeit entwickelt hat, die dann etwas mehr als 100 % von unten nach oben um 100 % abweichen. Wir werden vor so vielen umfangreichen Maßnahmen noch im Interesse dieser Bürger der Stadt stehen. Denken wir nur an diesen komplexen Bereich des Wehrgrabenbereiches, wo Gott sei dank nunmehr die einhellige Meinung im Gemeinderat dank der Sondersitzung im Sommer herbeigeführt wurde. Denken wir daran, daß all diese Maßnahmen uns zwingen werden dazu, Realitäten zu setzen. Wir müssen dann sagen, das ist vorrangig notwendig, das an zweiter Stelle und das an dritter Stelle. Denken wir daran, daß wir die Finanzierung rechtzeitig sicher stellen müssen. Ich erinnere nur an die Verwendung der Wasserwirtschaftsfondsmittel und ähnliches. Alles das bedarf eines langen, sehr wohl bedachten Planes und nicht nur der Willenserklärung, es möge den Bürgern besser gehen und man glaubt, daß die Stadt etwas an Wirtschaftskraft gewinnen sollte. Das ist die Grundüberlegung. Das planmäßige Vorgehen werden wir nur durch Erstellung eines Budgetkonzeptes wiedergewinnen können. Ein Konzept über 5 Jahre meiner Meinung nach hätte wieder zur Folge, daß die Einzelmaßnahmen miteinander koordiniert werden könnten, das ja

ohnehin bei aller Erschwernis durch die damit beauftragten Beamten geschehen kann. Ich bewundere ja immer wieder die Beamtenschaft, wie bei den so relativ Spontanentscheidungen, die wir als Mitglieder des Kollegialorgans treffen, das dann doch noch koordiniert ablaufen kann, dieses Kompliment möchte ich den Beamten machen. Um wieviel besser müßte es dann gehen, wenn wir uns zu einem Budgetkonzept und zu einem Budgetierungsplan für die nächsten Jahre entscheiden könnten. Ich bitte, diesen Gedanken als konstruktiven Vorschlag im Sinn der Stadt aufzufassen und nicht als leichtfertiges Schlechtmachen von an sich sehr guten Maßnahmen, die wir ja zum wesentlichen mitbeschlossen haben. Als Rechenwerk zum Nachtragsvoranschlag kann man natürlich nichts anderes als "ja" sagen, denn er wurde ja ziffernmäßig exakt abgeführt. Als Gemeindevorstand muß man einräumen, daß man den meisten Anträgen, die diesen Veränderungen zugrunde liegen, zugestimmt hat und die Fraktion der ÖVP wird daher die Zustimmung zum Nachtragsvoranschlag geben, natürlich mit Ausnahme aller jener Beschlüsse, denen wir bei der Beschlußfassung nicht beitreten konnten. Das ginge ja auch am Thema vorbei.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Nächster Sprecher Herr Gemeinderat Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Erlauben Sie auch mir, daß ich aus der Sicht der FPÖ-Fraktion eine kurze Stellungnahme zum vorliegenden Nachtragsvoranschlag abgebe. Ich werde mich nicht so sehr mit Ziffern und Zahlen befassen. Das haben ja bereits meine Vorredner gemacht, sondern ich werde mich auf ein paar grundsätzliche Gedanken unsererseits einschränken. Erfreulicherweise wurden in einigen Bereichen die Mittel nicht voll ausgeschöpft als sie der Voranschlag ausweist. Diese Freude teilt sich aber, wenn man bedenkt, daß beispielsweise bei der Sicherheit im Straßenbau, bei der Fußgängerlösung Ennsknotten die Mittel, die eigentlich vorgesehen waren, nicht ausgeschöpft wurden. Ebenso bleiben die Mittel für den Sportplatz Rennbahn eine Fiktion. Die Bundesertragsanteile sind um S 6 Mio niedriger ausgefallen als erwartet. Gott sei dank kann man Mehreinnahmen bei der Lohnsummen- und Gewerbesteuer verzeichnen. Eine völlige Verzerrung des Voranschlages zeigt der Nachtragsvoranschlag bei den Einnahmen und Ausgaben. Durch Entnahmen von Rücklagen fließen die letzten Reserven davon. Die Repräsentationsausgaben jedoch haben sich um 30 % erhöht. Ich darf aber abschließend meiner Freude darüber Ausdruck verleihen, daß man einer jahrelangen freiheitlichen Förderung nun endlich nachgekommen ist, nämlich die Errichtung einer Straßenerweiterung in der Neuschönau. In diesem Zusammenhang darf ich den Dank allen Verantwortlichen der Stadt Steyr aussprechen für diese rasche Vorgangsweise beim Bau dieser Unterführung. Ich sage das nicht deswegen, weil der Betriebsablauf der Fa. AWEG dadurch wesentlich verbessert wurde, sondern hier wurde ein wesentlicher Beitrag zur Sicherheit für die Benutzer dieses Straßenzuges geleistet. Denn dem Zahlenwerk dieses Nachtragsvoranschlages gebe ich seitens der FPÖ-Fraktion die Zustimmung mit der Ausnahme der Beschlüsse, denen wir aus verschiedenen Gründen nicht die Zustimmung gegeben haben. Ich danke im voraus für Ihren Beifall.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Herr Gemeinderat Treml als nächster.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich erwarte mir in diesem Raum nie einen Beifall. Der heute zur Beschlußfassung vor-

liegende Nachtragsvoranschlag für das Jahr 1982 hat eine Höhe bei den Einnahmen und Ausgaben, wie ja schon vom Finanzreferenten erwähnt, von 574.200.000,-- erreicht. Die Mehreinnahmen im ordentlichen Haushalt stiegen bekanntlich um über S 16 Mio auf S 462.000.000,-- und der außerordentliche Haushalt ist um S 42,9 Mio auf rund 111 Mio angestiegen. Meine Damen und Herren, diese Zahlen bestätigen eigentlich wiederum die Richtigkeit meiner Einschätzung, die ich damals schon bei der Budgeterstellung im Jahr 1981 gegeben habe. Ich möchte Ihnen in Erinnerung rufen, ich habe damals erklärt, trotz der bereits eingetretenen Schwierigkeiten in der Wirtschaft, auch im Raume Steyr, sind manche Ansätze im Haushaltsvoranschlag für 1982 von der Mehrheitsfraktion erstellt worden. Wir versuchten ja bei den Vorgesprächen das eine oder andere abzuändern. Ich habe auch damals erklärt, und es wird mit Sicherheit bei der notwendigen Erstellung eines Nachtragsvoranschlages sich herausstellen, daß sich die sogenannte eingeplante Vorsicht des Finanzreferenten, damals noch Kollege Fürst, und der Mehrheit des Gemeinderates in Form eines recht kräftigen Körpergeldes in Millionenhöhe gut bezahlt machen wird. Das sehen wir jetzt in diesen Ziffern und Zahlen, die ich eingangs erwähnt habe. Obwohl es - und das wurde auch schon eingangs festgestellt - aufgrund des Bevölkerungsrückganges der Stadt zu einer Verminderung bei den Abgabenertragsanteilen um S 8,2 Mio. kam und sich damit die Voranschlagspost von S 160 Mio auf S 151.800.000,-- verringerte, die Landesumlage um S 2,3 Mio auf S 25,3 Mio stieg, gab es doch erhöhte Einnahmen bei der Gewerbesteuer von S 35 Mio auf S 38 Mio, bei der Lohnsummensteuer von S 64,5 auf S 67 Mio, bei der Getränkesteuer von S 15 auf S 17 Mio, sowie Mehreinnahmen bei dem Zins von S 8,8 Mio auf S 15,5 Mio. Die Zuführung war daher eines Betrages in der Höhe von S 4,5 Mio an den außerordentlichen Haushalt möglich. Ursprünglich haben wir ja ein Budget erstellt, wo wir angenommen haben, es geht schon so schlecht, daß wir nicht einmal S 1,-- an den außerordentlichen Haushalt zuführen können. Nun, meine Damen und Herren, zur Voranschlagspost Bezüge der Gemeindepolitiker möchte ich auch heute bemerken, daß diese ja bei der Erstellung sehr optimistisch war, auch im Bezug der Ruhebezüge, also zusammen waren ja in dieser Richtung rund S 9 Mio präliminiert. Dies hätte einer Steigerung der Bezüge entsprochen von ungefähr 15 %. Sie wissen ja ganz genau, das ist ja nicht eingetreten und ich glaube kaum, daß einer, der hier sitzt, das geglaubt hat, daß man gerade hier in dieser Zeit, gerade bei den Politikern eine derartige Steigerung durchführt. Daher scheint ja jetzt im Nachtragsvoranschlag eine geringere Summe auf, gesenkt auf rund S 7.600.000,--, die auch - soweit ich informiert bin - aufgewendet wurden. Ich möchte Sie auch daran erinnern, daß die gegen meine Stimme von der Mehrheit des Gemeinderates beschlossenen Gebühren und Tarifierhöhungen natürlich auch nicht unwesentliche Eingänge in die Millionenhöhe erbrachten. Allein durch die Gebührenerhöhung im Altersheim kommt es ja in diesem Jahr zu Mehreinnahmen von rund S 3 Mio, im Vorjahr waren es - sie werden sich sicherlich daran erinnern - bereits S 4,5 Mio. Diese Mehreinnahmen belasten natürlich vor allem die arbeitende Bevölkerung sowie im besonderen natürlich in diesem Fall die Pensionisten schwer und diese Erhöhungen usw. wurden natürlich auch von meiner Fraktion immer abgelehnt. Nun, meine Damen und Herren, im Nachtragsvoranschlag scheint auch ein Dreimillionenschillingbetrag als Förderungsbetrag für das BMW-Motorenwerk auf. Weiters für den Bau der Zufahrtsstraße zum BMW-Werk wurden S 1.650.000,-- ausgegeben. Dazu kommen die bekannten Millionenkosten für die Bereitstellung von Trinkwasser, sowie die Vorfinanzierung bei Wohnbauten in der Schlüsselhofgasse. Durch den eingegangenen Förderungsvertrag mit dem BMW-Motorenwerk werden die Stadtfinanzen noch auf viele Jahre - meiner Meinung nach - schwer belastet aufgrund des der-

zeitigen bestehenden Vertrages. Und nun, meine Damen und Herren, will das ausländische BMW-Unternehmen - unterdessen haben sie sich ja getrennt von unserem einheimischen Betrieb der Steyr-Werke - eine staatliche Subvention, wenn möglich in der Höhe von S 830.000.000,-, wie dies der Vorstandsdirektor der BMW-Werke - ich glaube es war vor 2 Tagen - in einem ORF-Interview klar zum Ausdruck gebracht hat. Allerdings mit dem Zusatz "es wäre schön". Nach den letzten Aussagen spricht man von einer Subvention der Öffentlichkeit von S 600 Mio und nach Meinung des Herrn Bundeskanzlers Kreisky würde der Bund rund 2/3 bezahlen, den Rest müßte das Land Oberösterreich und die Stadt Steyr aufbringen. Bürgermeister Weiss berichtete ja eingangs unserer heutigen Sitzung davon, daß man jetzt von einem Förderungsbetrag von insgesamt S 540 Mio spricht, aufgeteilt auf Bund S 360 Mio und das Land mit S 180 Mio. Meine Damen und Herren, hier sehe ich schon einen kleinen Widerspruch. Der oberste Chef der SPÖ, Bundeskanzler Kreisky, spricht hier und baut gleich ein die Stadt Steyr und unser Bürgermeister berichtet uns wiederum von einer anderen Zahl. Ich glaube auch, Bundeskanzler Kreisky vergaß bei der Informationsveranstaltung am Freitag, also am 19. November im Steyrer Theater, einige wesentliche Einzelheiten zu nennen und verschwiegen den zahlreichen SPÖ-Funktionären des Bezirkes, die dort anwesend waren, grundsätzliche Übereinkommen in der Frage der BMW-Förderung und ich hatte zumindest den Eindruck, daß er dabei auf die Vergeßlichkeit von den Funktionären und auch der Bevölkerung spekulierte. In der außerordentlichen Gemeinderatssitzung bereits am 8. November, also vor knapp 1 Jahr, erklärte der Finanzchef von BMW - Herr Doppelfeld - wörtlich: "Wir haben eine zweite wichtige unternehmerische Entscheidung getroffen. Die Erweiterung des Basisprojektes und das Basisprojekt sah ursprünglich S 3,5 Milliarden an Investitionen. Heute liegen wir - schon nach 1 Jahr - bei 7 Milliarden. Ursprünglich, so sagte er weiter, war geplant 100 Motore im Jahr, jetzt sind es 200. An Mitarbeitern, so sagt er, waren ursprünglich geplant 1000, jetzt sind für die Endstufe etwa 1.800 vorgesehen. Soweit Doppelfeld vor einem Jahr nicht in diesem Saal sondern im Festsaal.

Weiters möchte ich in Erinnerung rufen, daß der Gemeinderat der Stadt Steyr bereits in der Sitzung vom 13. 5. 1980 eine zusätzliche Förderung für die Erweiterung des Basisprojektes beschlossen hat. Und zwar ist die Stadtgemeinde bereit, die seinerzeit am 12. 10. 1978 zugesagte Rückvergütung der Lohnsummensteuer im ersten vollen Betriebsjahr auf ein zweites volles Betriebsjahr auszudehnen und auf die Wasseranschlußgebühren zu verzichten. Ich glaube, Sie wissen auch, daß die Anschlußgebühren eines Betriebes in diesem Ausmaß nicht so sind wie bei einem kleinen Häuserlbauer und ich schätze, diese neuerliche Zusage - man kann ja nicht sagen, wieviel sie wirklich ausbauen und wenn sie sagen, es ist der Vollausbau des Betriebsjahres und uns an Lohnsummensteuer - ich rechne hier mit mehr als S 20 Mio - die das der Stadt gekostet hat für die Erweiterung des Endausbaues. Dafür verpflichtet sich bekanntlich BMW, den Mitarbeiterstand auf 1.500 - also wieder eine andere Zahl - bis am 1. September 1982 zu erhöhen. Der 1. September 1982 ist vorbei. Wir wissen, daß derzeit im Betrieb 75 Beschäftigte sind, d. h. der Vertrag im Bezug der Beschäftigungsanzahl wurde nicht erfüllt. Wiederum heißt es hier in unseren Beschlüssen, Gemeinderatssitzung am 13. 5. 1980, wo es heißt, die Vollziehung des Beschlusses hängt ja doch von der ebenfalls beschriebenen Erweiterung auf das Gesamtprojekt, also auf den Endausbau, und dessen Inbetriebnahme am 1. Sept. 1982 ab. Ich habe schon bei anderen Gelegenheiten, als man die Steyr-Werke hinausgedrängt hat, dort die Frage gestellt, wie eigentlich unsere Verträge halten. Wir haben Verträge abgeschlossen mit beiden. Aber auch hier zeigt sich wieder, wir haben einen

Beschluß, wir haben einen Vertrag mit BMW - also die Stadtgemeinde - und diese erfüllen die Verträge nicht. Sie wissen natürlich auch, daß für das BMW-Werk insgesamt der Bund bereits schon achtmal soviel gegeben hat wie das Land, also S 900 Mio. Das Land war ja bereit, S 114 Mio zu be-rappen und wir selbst als Stadt Steyr S 21 Mio. Dazu kommen natürlich - Bürgermeister Weiss hat es ja auch vor einigen Tagen in einem ORF-Inter-view noch ausgeführt, zusätzlich die infrastrukturellen Maßnahmen, die meines Erachtens sicherlich auch rund 50 Mio für BMW betragen werden. Bundeskanzler Kreisky begründete seine geplante Subvention mit der Schaf-fung von 800 neuen Arbeitsplätzen. BMW in Steyr, obwohl bereits ur-sprünglich - wie angeführt - 1.500 eingeplant und im Vertrag fixiert wur-den. Man kann auch - wenn Sie mir nicht glauben - die Budgetrede des Stadtrates Fürst am 5. Dezember des Vorjahres nachlesen. Darin bean-tragte er die dritte Förderungsrate von S 3 Mio zur Schaffung - er sagt da wieder von 1.800 Arbeitsplätzen bei BMW Steyr. Wie die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Raum Steyr, wo auf einen freien Arbeitsplatz 20 Ar-beitslose entfallen, wirklich aussieht, zeigt die Tatsache auf, daß im BMW-Werk derzeit eben nur die angeführten 755 Arbeiter und Angestellten beschäftigt sind, aber während des Baues des Betriebes sich der Beschäf-tigungsstand in den letzten Jahren im Steyr-Werk um 2.000 verringerte. Ich glaube, deutlicher hätte ich es auch nicht machen können, wie unser Bürgermeister, wo er hingewiesen hat, daß aufgrund des normalen Abgan-ges der Nichtersetzung jährlich auch in Zukunft hier eine Reduktion der Arbeitsplätze in unserem entscheidenden Betrieb - nämlich in den Steyr-Werken - vor sich geht.

Vergeblich warteten beim Auftritt des Bundeskanzlers im Theater die SP-Funktionäre zumindest auf eine Mitteilung oder zumindest auch auf eine Versprechung, welche Maßnahmen er bzw. die SP-Regierung setzen wird aufgrund der schwierigen Situation des entscheidenden Betriebes in unserer Region, nämlich der Steyr-Werke, wo man 200 Arbeitnehmer kündi-gen mußte und für 6.000 Kurzarbeit eingeführt wurde. Ich habe den Ein-druck, daß man das einfach übergangen hat und ich habe auch beim Hinaus-gehen nicht ein enttäushtes Gesicht von Funktionären der RAG gesehen, sondern sehr viele, die ja hingekommen wären in das Theater, um zu erfah-ren, wie wird es weitergehen nach der Kurzarbeit? Welche Möglichkeiten hat hier die Regierung einzugreifen? Meine Partei vertritt die Auffassung, daß keine zusätzlichen Millionen an den ausländischen Betrieb gegeben werden sollen. Wenn geholfen wird, dann muß eben der Staat in erster Linie den einheimischen Betrieben - vor allem eben den Steyr-Werken - helfen.

Nun, meine Damen und Herren, ein paar abschließende Bemerkungen zum Nach-tragsvoranschlag 1982. Ich muß neben den kritischen Bemerkungen auch objektiverweise feststellen, daß der Gemeinderat doch durch einmütige Beschlüsse hohe Zuschüsse z. B. für Kindergärten, Horte sowie auch für das Zentralaltersheim gewährte und dies bezeichne ich als eine echte soziale Leistung gegenüber unserer Bevölkerung. Viele Beschlüsse wurden ja gefaßt, die in dem Ziffern- und Zahlenwerk zum Ausdruck kommen, wo wir sicherlich auch einen bescheidenen Anteil hatten. Daher werde ich dem Nachtragsvoranschlag, so wie er in Ziffern und Zahlen vorliegt, und auch rechnerisch richtig von den Beamten erstellt wurde, die Zustimmung geben, natürlich wie üblich mit der Einschränkung, daß damit nicht ver-bunden ist eine Zustimmung für jene Posten, die im Laufe dieses Jahres ich abgelehnt habe. Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Nächster Herr Stadtrat Wallner.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich kann Ihnen gleich versprechen, daß mein Beitrag kurz sein muß. Es müssen aber ein paar Dinge von meiner Seite noch dazu gesagt werden. Ich fühle mich nämlich aufgrund meiner dienstlichen Wahrnehmungen verpflichtet, auch in diesem Raum auf die derzeitige ernste Situation der gewerblichen Wirtschaft hinzuweisen. Ich tue das, damit mir nichts anderes vorgehalten wird. Ich werde täglich mit dem Schicksal von Gewerbetreibenden und deren Betrieben konfrontiert und diese Schicksale gehen mir mit Sicherheit - das können Sie mir glauben - zu Herzen. Das erschütterndste dabei ist, daß man in den wenigsten Fällen wirksam helfen kann. Was sind nun die Gründe, die zu diesen Schwierigkeiten in der Wirtschaft führen? Sicher muß man hier in erster Linie die verfehlte Wirtschaftspolitik der Sozialisten in diesem Lande als einen der Gründe nennen. Die Betriebe, das wissen Sie selbst ganz genau, können keine Gewinne mehr erzielen. Jede Investition in diesen Betrieben wird zum Risiko. Gerade Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, brauche ich die verheerenden Folgewirkungen nicht erst erläutern. Sie finden sie ja täglich in den Wirtschaftsnachrichten. Ich möchte heute nicht auf die derzeitige Diskussion um die abermalige Förderung des BMW-Werkes eingehen. Es gäbe vieles zu sagen. Ich habe in meinem Manuskript, das sage ich gleich dazu, viele der Zahlen, die Kollege Tremml auch gehabt hat, auch drinnen. Ich kann manches davon bestätigen und Sie selber kennen dieses Zahlenspiel von 800, 1.500, 1.800, zusätzlich 800 Arbeitsplätzen etc. Ich möchte bei dieser Gelegenheit dem Herrn Bürgermeister für seine heutige ehrliche Aussage - ich habe eine solche Aussage noch nie von anderer Seite gehört - danken, der in seinem Bericht zu Beginn der Sitzung festgestellt hat, daß es sich ja bei den in Rede stehenden 800 Arbeitsplätzen nicht um zusätzliche Arbeitskräfte handelt, sondern um ein Auffüllen. Wie dem auch sei und wie diese Verhandlungen auch ausgehen mögen, - jetzt komme ich zum Kern meiner Wortmeldung - eine Forderung muß heute schon ganz deutlich angemeldet werden. Wenn eine Förderung von Großbetrieben stattfindet - sie wird sicherlich stattfinden und soll auch stattfinden - dann haben bitte auch Klein- und Mittelbetriebe unserer Stadt denselben Anspruch auf eine entsprechende Förderung. Jeder Arbeitsplatz in unserer Stadt ist sicher als gleichwertig zu bezeichnen. Es ist doch heute österreichweit bekannt, daß die Arbeitsplätze gerade in Klein- und Mittelbetrieben in ihrer Vielzahl sicherer sind als unter Umständen in Großbetrieben, da unsere Klein- und Mittelbetriebe eine größere Flexibilität haben. Mich stört bei solchen Debatten immer eines, meine Damen und Herren, wenn man die ganze Sitzung so verfolgt - wir tun das alle aufmerksam - dann ist bis jetzt vom Klein- und Mittelbetrieb in diesen vielen Stunden noch nie die Rede gewesen. Immer nur von Großbetrieben. Alle Nachrichten in den verschiedensten Medien gehen nur von Großbetrieben aus. Sie können sich - und das wissen Sie selber - nochmals gesagt, ganz genauso gut wie ich, besser und vor allem schneller auf die jeweilige Marktsituation einstellen.

Ich darf daher namens meiner Fraktion nochmals die Bitte an Sie richten, in das Budget 1983 den von uns beantragten Ansatz für Wirtschaftsförderung auf S 5 Mio aufzustocken. Wir haben uns hier sicher - das ist auch schon bei den Vorberatungen unsererseits zum Ausdruck gekommen - auf die derzeitige budgetäre Lage eingestellt und keine übertriebenen Forderungen angemeldet. Das ist also um 1 Mio mehr als 1982. Aber diese Million soll und muß voll und ganz zur Förderung der Klein- und Mittelbetriebe verwendet werden. Sollte von Ihnen - das ist ja fast zu erwarten - der Einwurf kommen, daß Wirtschaftsförderung Sache des Landes sei, das wissen wir selbstverständlich. Aber es ist darüber hinaus, so

glaube ich, geradezu eine Verpflichtung auch der Gemeinden, den gesunden Betrieben zu helfen. Man muß anerkennen, daß dies bisher in Steyr auch geschehen ist. In Zeiten wie diesen muß aber mehr als bisher geschehen und ich darf daher die Bitte an Sie richten, diese von mir genannten Argumente bei Ihren Beratungen auch berücksichtigen zu wollen. Vielen Dank.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Nächster Debattenredner Herr Bürgermeister Weiss.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Es wäre, glaube ich, eine unfaire Überforderung des Finanzreferenten, der erst ganz kurze Zeit diese Funktion übernommen hat, wenn wir ihm allein die Beantwortung oder Behandlung aller dieser aufgeworfenen Fragen ausschließlich überlassen würden. Es ist daher logisch, weil ich hier doch in einer gewissen Mitverantwortung stehe, daß ich mir hier nicht nur das Recht nehme, sondern die Pflicht darin sehe, auf einige Punkte der heutigen Diskussion einzugehen.

Ich darf nun einmal grundsätzlich zu den Fragen des Nachtragsvoranschlages bemerken: Es gibt viele Gemeinden und Städte, die diesen Begriff überhaupt nicht kennen und daher große Differenzierungen zwischen dem erstellten Budget für das Rechnungsjahr und zwischen dem Rechnungsbudget für das gleiche Rechnungsjahr aufweisen. Wir haben in unserem Statut die Verankerung des Nachtragsbudgets, des Nachtragsvoranschlages, also einen wichtigen Hinweis und Ausgleich für die während eines Jahres budgetmäßigen Veränderung und es hat vor allem einen Vorteil. Da drücken sich ja schon auch die ganzen Beiträge - sie gehen auch zum Teil in diese Richtung - aus, und ist auch erkennbar, wie schwierig es ist, mittelfristige oder gar langfristige Budgetentwürfe vorzubereiten. Denn allein in einem Rechnungsjahr zeigt sich schon, daß man den Trend des jeweiligen Jahres nicht schon vorher einschätzen oder gar berechnen kann. Daher dient der Nachtragsvoranschlag aus der Sicht einer wirtschaftlichen Abwicklung während ca. 3/4 des Jahres.

Es läßt sich hier im Nachtrag zum Voranschlag schon viel genauer die Perspektive einbauen, die sich während des Jahres - in dem Fall 1982 - ergeben hat. Daß die Differenzen so auftreten, kann uns insofern erfreuen, weil ja darin auch erkennbar wird, daß wir mehr Geld vereinnahmt haben und aber auch mehr wieder ausgegeben haben. Mehr an Ausgaben bedeutet, daß wir der heimischen Wirtschaft in allen Branchen wieder auch mehr Geld zuführen konnten und damit auch diesen Gewerbebetrieben, die soeben erst angezogen wurden - um die geht es überwiegend (Bauwirtschaft und Baunebengewerbe) - Millionenbeträge zuführten, die der Arbeitsplatzsicherung dienen können. Die Frage einer mittelfristigen Budgetierung - wie sie der Herr Gemeinderat Holub angezogen hat - ist eher berechtigt, in Zeiten einer ruhigen gleichmäßigen Wirtschaftsentwicklung, weil man hier doch meiner Ansicht nach über weitere Strecken den Trend überschauen kann, die Möglichkeiten abschätzen und damit einigermaßen eine Genauigkeit der Budgetierung und des Präliminaries erreichen wird können. Aber ganz anders ist diese Situation, wenn wir in Zeiten wie diesen niemals ein Jahr voraus genau sagen können, wie sich die Situation in der Wirtschaft zeigt. Wir können auch nie im voraus sagen - das möchte ich hier besonders betonen - was wir an Zuschüssen, an Förderungs-mitteln, nehmen wir an vom Lande Oberösterreich bekommen. Das kann der Finanzreferent, der Rechnungsdirektor einfach nicht einbauen, denn die Verhandlungen für diese Zuschüsse laufen ja in diesem Rechnungsjahr ab und das Budget ist schon im vorhergehenden Jahr beschlossen. Daher er-

geben sich auch aus diesen Einnahmen, die durch Zuschüsse entstehen, natürlich auch auf der Einnahmenseite im Voranschlag Veränderungen nach oben hin. Sie werden dann aber auch durch die Mehrausgaben ja wiederum der Wirtschaft im Zyklus zugeführt. Es ist auch dabei eine andere Seite zu betrachten, daß wir nicht nur aus Gründen des verringerten Bevölkerungsstandes, sondern auch aus anderen Gründen weniger Zuschüsse bekommen. Daß die Differenz nicht so groß ausgefallen ist rührt davon her, daß bei der Erstellung des Voranschlages 1982 schon von vornherein ein etwas höherer Betrag eingesetzt wurde, der sich dann Gott sei dank noch etwas weiter erhöht hat. Wenn ich dann gegenüberstelle - ich habe es heute eingangs erwähnt - die Einnahmenseite durch Zuschüsse und Förderungsmittel des Landes Oberösterreich und die Pflichten, die wir als Gemeinde dem Land gegenüber einzugehen haben und erfüllen müssen, zeigt sich immer mehr, daß sich die Schere öffnet, in der Richtung, daß wir gegenwärtig schon allein für den Spitalskostenbeitrag, für den Berufsschulbeitrag und für die Landesumlage im Voranschlag 1983 schon über S 40 Mio einsetzen müssen für Abgaben an das Land Oberösterreich. Dem gegenüber steht das, was ich eingangs sagte. Wir wissen erstens nicht, wie viel und wann wir Mittel zugeschossen bekommen. Es ist erkennbar, daß wir aus der Wirtschaftsförderung aus dem Gemeinderat in den letzten Jahren weniger Mittel nach Steyr ziehen können. Das sind natürlich auch Entwicklungen, die unerfreulich sind. Daher ist es umso wichtiger, wenn man dann noch im Nachtragsvoranschlag die angenehme Feststellung treffen kann, es ist halt doch ein bißchen mehr geworden, als wir erhofft haben. Ob das immer so bleiben wird, das bezweifle ich zwar doch etwas. Die kurzfristige Planung, meine Damen und Herren des Gemeinderates, abgesehen von den BMW-Förderungen, die laufen ja doch mittelfristig, wenn nicht gar langfristig, wenn man den Zeitraum überschaut - da können wir auch einschätzen, dort wissen wir, welche vertragliche Verpflichtungen wir eingegangen sind durch unsere Beschlüsse, dort wissen wir aber auch, wann ungefähr der Zeitraum ablaufen wird dieser Verpflichtungen. Wir wissen aber gleichzeitig auch, daß Rückflüsse zu erwarten sind, die dann auch unserem Gemeindefiskus wohl tun. Es ist den wenigsten bewußt, daß wir gegenwärtig schon laufend die Betriebszeiten wo die BMW-Fabrik steht schon an Lohnsummensteuereinnahmen erzielen. Das sind immerhin schon Beträge in Millionenhöhe und wenn wir die langfristige Wirkung betrachten und die Vollbetriebsauswirkung auf unsere steuerlichen Einnahmen von diesem Betrieb her einschätzen, dann muß uns eine Entscheidung von damals wichtig genug erscheinen, denn so eine Fabrik wird nicht alle Jahrzehnte in Steyr erbaut, sie wird vielleicht nur alle 100 Jahre einmal errichtet und sie wird aber nicht von heute auf morgen entstehen und auch nicht von heute auf morgen verschwinden. Daher ist hier sehr wohl eine kluge Entscheidung des Gemeinderates gegeben gewesen, als wir uns dazu entschlossen haben, uns an der Förderung in unserem Ausmaß zu beteiligen. Ich gebe schon zu, daß der Förderungsanteil der Stadt Steyr für diese Betriebsgründung relativ gemessen an der gesamten Budgetkraft des Landes und des Bundes weitaus der höchste ist, wenn wir überlegen, daß der Landesanteil S 114 Mio für die gegenwärtig laufende Förderung ist. Bei einem gegenwärtigen Budgetvolumen des Landes von etwa S 21 Milliarden und wenn wir unsere rund 500 Mio Schilling und unsere Förderungsmittel von bar in S 21 Millionen plus die spätere Refundierung der Lohnsummensteuer auf 2 Jahre, plus der Infrastrukturleistungen, die wir schon erbracht haben, zusammenzählen, dann kommt hier ein wesentlich höherer Anteil der Stadt als alle übrigen Förderungsgeber erstellt haben, zustande. Aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß letzten Endes, meine Damen und Herren, ja doch wieder die Steyrer Nutznießer dieser Betriebsauswirkungen sein werden. Am Dienstag hatte ich Gelegenheit, mit den Bürgermeistern der Nachbargemeinden einen BMW-Besuch

zu machen. Es waren schon wieder 3 Arbeitsplätze mehr seit Freitag. Also innerhalb dieser zwei Arbeitstage Montag und Dienstag sind schon wieder 3 Arbeitsplätze geschaffen worden. Wir werden im Frühjahr 1983 in diesem Betrieb schon 1000 Beschäftigte haben. Hier kann man Einschätzungen treffen, die in etwa eine große Genauigkeit haben, auch was die Rückflüsse betrifft. In den sonstigen Budgetierungen sollten wir uns auch die Möglichkeit nicht nehmen, über 5 oder mehr Jahre hinweg erstellte Budgetkonzepte Handfesseln anzulegen. Es treten oft Ereignisse ein, die wir nicht voraussehen können und die uns zwingen, ein Projekt, das geplant ist, nicht in dem Jahr zu erfüllen, wo es präliminiert ist, sondern eben zu verschieben. Wenn das mehrere Dinge sind, die zusammenkommen, wirft sich ja in vielen Millionenhöhen das ganze Budget durcheinander. Daher sollten wir uns auch aus diesen Gründen innerhalb kurzer Zeitabläufe die Freiheit behalten, um unter Umständen auch aus aktuellen Gründen hier spezifisch auf ein Projekt bezogen, das nicht langfristig vorbereitet war, einen größeren Einsatz hinzulegen, damit wir den Bedürfnissen des Augenblicks auch in dieser Richtung, das oft sehr der Wirtschaft zu Gute kommen kann, gerade den Gewerbebetrieben Rechnung tragen. Ich darf abschließend zu meinem Beitrag noch eines hinzufügen. Es wird über BMW sehr viel richtiges und unrichtiges gesagt. Ich bin ja nicht der Gesellschaftsvertreter oder der Aktionär der BMW Steyr, sondern mir als Bürgermeister geht es genauso wie Ihnen um die Garantie, daß die Zusicherungen, die von der Geschäftsleitung der Gemeinde gegenüber, der Öffentlichkeit gegenüber abgegeben wurden, eingehalten werden. Bis heute muß ich sagen, die Verpflichtungen, so wie wir sie strikt und genau einhalten, so haben auch die BMW bis 1983 die 1000 Beschäftigten versprochen. Diese 1000 Beschäftigten werden im Frühjahr etwa erreicht sein. Was die weiteren Förderungen betrifft, hier in dieser Frage der Förderungsmitel sind wir so klein, daß wir froh sein können, wenn wir unter Umständen sogar unbehelligt bleiben, was ich nicht ganz glaube. Das muß ich Ihnen ganz ehrlich gestehen. Der Herr Bundeskanzler hat sehr wohl gesagt, er weiß, daß die Stadt Steyr weit mehr als dieser Stadt in ihrer Größenordnung zustehen würde, schon geleistet hat. Aber die Bedeutung dieses Projektes würde es erfordern, daß die Stadt sich neuerdings mit dem Land hier zu einer Förderungsmaßnahme bereit erklärt, weil auch der Bund hier von sich aus eine Förderung schon fixiert und zugesichert hat. Wir werden uns dann darüber sicherlich noch unterhalten. Es war doch notwendig, ein paar Dinge - gerade das, was den Nachtragsvoranschlag betrifft - zu sagen. Wir haben jetzt viel eher eine Möglichkeit, hier den Nachtragsvoranschlag und die Rechnung 1982 in einen Umfang und Rahmen zu bringen, der wahrscheinlich dann nicht mehr sehr voneinander abweichen wird. Damit sind die Vorentscheidungen des Gemeinderates in der Rechnung dann gemäß seiner Vorausschau tatsächlich berücksichtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke Herr Bürgermeister. Wünscht noch jemand zu sprechen? Kollege Pimsl bitte.

GEMEINDERAT PIMSL RUDOLF:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich werde mir nicht erlauben, noch zu den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters über den Nachtragsvoranschlag zu reden, weil nicht nur in seinen Ausführungen, sondern auch in den Beiträgen der anderen Diskussionsredner sehr wohl die positiven Aspekte des Nachtragsvoranschlages zum Ausdruck gekommen sind, aber sicherlich in einigen Nuancen andere Ansichten geäußert wurden. Es fällt, wenn man diese Beiträge aufmerksam beobachtet, auf, daß hier doch einige sehr politische Aussagen gemacht werden, die meiner

Meinung nach nicht unwidersprochen bleiben können. Wenn Herr Kollege Holub bemerkt, daß hier zwar außer Plan im Nachtragsvoranschlag vieles ausgegeben wurde, so muß man doch sagen, sicher nicht mit Plan aber nicht planlos. Ich glaube, daß dieser Nachtragsvoranschlag doch gewissenhaft und verantwortungsbewußt erstellt wurde und wenn Kollege Holub heute von der Planwirtschaft das Wort redet, da habe ich fast geglaubt, ich sitze auf der falschen Seite oder er möglicherweise, weil dieses Vokabular eher von der linken Seite zu erwarten wäre.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT OTTO TREML:

Du sitzt aber auch links

GEMEINDERAT RUDOLF PIMSL:

Wir nehmen gerne zur Kenntnis, daß zukünftig mehr Planwirtschaft von Ihrer Fraktion erwartet wird. Das wird sicherlich uns nicht hindern, Ihren Wünschen ein wenig mehr Rechnung zu tragen. Zumindest glaube ich das. Auch zu Kollegen Treml einiges. Er hat sicherlich nicht unrecht, wenn er die Besorgnis der Steyr-Werke-Mitarbeiter und auch der hier vertretenen Gemeinderäte und Stadträte und letztlich auch des Bürgermeisters miteinbezieht, weil wir immerhin seit einiger Zeit mit Sorge die Entwicklungen unseres Unternehmens verfolgen und jetzt auch feststellen müssen, daß sich hier einige Aspekte abzeichnen, die mit unseren Arbeitsplätzen sehr stark zusammenhängen. Wenn man andererseits hört, daß von der Unternehmensleitung der BMW-Werke Erwartungen gesetzt werden in die öffentliche Hand und auch in die Stadt, die weit über das hinausgehen als ursprünglich gedacht war und tatsächlich früher für das Geld, welches von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt wurde, mehr Arbeitsplätze geschaffen werden sollten als das tatsächlich geschehen wird, so mag das uns hier unangenehm berühren, geht aber letztlich nicht an dem vorbei so einfach, daß man Dinge negiert oder nicht akzeptiert und unterstützt, wenn es um zusätzliche Arbeitsplätze geht. Die Argumente, die von den Verantwortlichen dafür verwendet werden, sind meiner Meinung nach nicht richtig und soweit kann man dem zustimmen. Ich glaube, wir müssen uns doch darüber im klaren sein, daß jene Zeit doch vorbei ist, wo ein Unternehmen wie die Steyr-Werke, wenn sie ein Jubiläum feiert, auch Geschenke verteilen kann und so wie 1964 der Gemeinde ein großes Grundstück zum Geschenk anbietet, um dort Wohnungen zu errichten. Aber nun zu den Aussagen von Herrn Stadtrat Wallner. Weil er sich offenbar nicht bewußt ist, daß eigentlich alle Wirtschaftsexperten - und er hat ja zu Beginn der heutigen Sitzung auch eine Aussage gehört über die tatsächliche Situation der österreichischen Wirtschaft. Ich halte Sie, Herr Kollege Wallner, für intelligent genug, daß sie genau wissen, daß die österreichische Wirtschaft viel besser dasteht als sie heute polemisch gemeint haben, daß die sozialistische Bundesregierung die österreichische Wirtschaft in diese Misere gebracht hat. Sie sollten eigentlich die Statistik des Kreditschutzverbandes 1870 lesen, wo sehr deutlich drinnensteht, welche Gründe für den Insolvenzen ausschlaggebend waren. Nicht die sozialistische Bundesregierung, sondern das Versagen der Unternehmer in den meisten Fällen. Ich halte es für nicht angemessen und angebracht von der Sicht meiner Fraktion her, solche polemischen Probleme anzuschlagen bei einer sachlichen Diskussion. Sie dürfen eines noch zur Kenntnis nehmen, Herr Kollege Wallner: Wenn es darum geht, Schwierigkeiten in der Wirtschaft abzufangen, dann sind das die Unselbständigen, dann sind das die Arbeitnehmer. Denn sie müssen das ausbaden, was andere ihnen meistens einbrocken. Ich glaube, das wissen Sie ganz gut und Sie haben schon mehrmals Ihre Sorgen um die arbeitenden Menschen ausgedrückt, weil Sie als Politiker, nicht als Angestellter des Wirtschaftsbundes oder der Han-

delskammer recht genau wissen, was die Menschen in dieser Stadt, in diesem Land drückt und das ist die Sorge um seinen Arbeitsplatz. Darin sollten wir uns mehr oder weniger einig sein und Sie hätten doch auch selbst Gelegenheit, Kollege Wallner. Es wurde hier mehrmals schon gesagt, daß es auch der Wunsch der Stadtgemeinde wäre, einen Christkindlmarkt zu veranstalten. Hier wäre es möglich für etliche Kleinbetriebe eine Unterstützung zu geben. Ich glaube, nicht allein in Garsten wäre das möglich, wo man doch ein sehr schönes Programm - so wie ich es heute in einem Flugblatt gesehen habe - zusammenstellte. Was in Garsten der Wirtschaft möglich war, könnte doch in Steyr, noch dazu, wo die Verantwortlichen der Stadt das so gerne sehen würden, auch durchgeführt werden. Das sollten wir ein wenig bedenken, wenn wir gewisse Beträge liefern.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Nächster Kollege Schwarz.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Diese Diskussion über unseren Nachtragsvoranschlag wurde schon ausgeführt hier. Es ist fast schon eine Budgetdebatte geworden. Es wurden in einigen Diskussionsbeiträgen Vorschläge für das Budget schon hier unterbreitet, die also in die Budgetdebatte gehören würden. Ich glaube, daß (man) zu der großen Problematik wir als Stadt und Gemeinderäte die Verpflichtung haben, alle Möglichkeiten, die wir haben, Unterstützungen für die Erhaltung von neuen Arbeitsplätzen zu geben, wahrzunehmen. Wir müssen sehr froh sein, daß wir uns entschlossen haben, hier diese Förderungen auszusprechen. Ich glaube nicht, daß die Problematik in den Steyr-Werken aufgrund von Fehlern im Management, aufgrund von Fehlern in irgendwelcher anderer Weise, die auf lokaler Ebene liegen, gegeben ist. Wir alle kennen die wirtschaftlichen Situationen, die vor keinem Land der Welt Halt machen. Nicht zuletzt ist die Situation in den Steyr-Werken darauf zurückzuführen, daß sich große Unsicherheiten in Verträgen ergeben haben. Es hat sich herausgestellt, daß die Verlässlichkeit der Partner auch nicht so ist, wie immer betont wurde. Für wieviel Millionenbeträge, wieviel Milliardenprobleme hier der Bund gerade stehen muß und Bürgschaften abgeben muß, das muß man ja auch hier sehen. Das ist doch auch alles eine Leistung der Öffentlichkeit. Wenn man die Berichte aus jenen Bereichen der Welt sieht, fällt einem auf, daß es dort auch Probleme gibt. Nur sind das dort andere Probleme, weniger die Arbeitslosigkeit betreffend, dort ist das Problem, daß man einfach nichts bekommt, daß also die Geschäfte leer sind, weil eben das Geld auch fehlt. Man kann das nicht nur auf eine Seite schieben. Das ist eine weltweite Situation, mit der wir uns zu befassen haben und jeder Vorwurf, der eine lokale Einrichtung hier verantwortlich macht, daß die Situation so ist, muß einfach daneben gehen. Die Förderung der Großbetriebe der verstaatlichten Industrie muß letztlich ein jeder einsehen, die sicherlich dazu führt, daß damit auch das Leben vieler anderer Betriebe gesichert ist. Als Beispiel, wenn der Arbeiter in den Steyr-Werken oder der Angestellte oder der Arbeiter oder Angestellte in der VOEST nicht in der Lage ist, am Samstag und am Sonntag seine Ski aufzupacken auf das Auto und nach Hinterstoder, auf die Wurzer-Alm zu fahren, dann hilft jede Förderung für diesen Betrieb der dort ist nicht, der kann nicht leben, wenn nicht der die Möglichkeit hat, sich dort entsprechend einzusetzen. Ich glaube, daß also diese Art von Politik völlig richtig ist. Ich hätte aber trotzdem einen Vorschlag, wo man der Wirtschaft, der örtlichen Wirtschaft helfen könnte. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in langen Diskussionen eine Vergabeordnung beschlossen hier im

Gemeinderat, eine Vergabeordnung, die uns Fesseln auferlegt, starke, mit denen viele von uns nicht einverstanden sind. Ich stelle ernsthaft zur Diskussion, diese Vergabeordnung abzuändern, damit wir unseren heimischen kleineren Betrieben mehr helfen können. Wir sind als Stadt hier verpflichtet, diese Fesseln zu lockern, dann haben wir die Möglichkeit, mehr Aufträge in unsere heimische Wirtschaft zu vergeben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Herr Gemeinderat Holub noch.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Das war nun ja wohl ein sehr konstruktiver Vorschlag, daß man über diese Vergabeordnung, Herr Vizebürgermeister Schwarz, diskutieren kann. Darum habe ich mich auch noch einmal zu Wort gemeldet. Ich denke, man sollte zwischen den Fraktionen über die Handhabbarkeit der Vergabeordnung in Krisenzeiten in der Tat diskutieren. Denn wir müssen tatsächlich überlegen, wie können wir, wenn der heimische Betrieb in einem offensichtlichen Nachteil steht gegenüber einem auswärtigen Betrieb, dem zu einem Auftrag verhelfen, daß der seiner Funktion als Arbeitgeber nachkommen kann. So kann man es nämlich auch sehen. Man muß noch eines dazu sagen. Die Zahl ist in der Tat auch richtig. Des Klein- und Mittelbetriebes zu gedenken ist doch nichts ehrenrühriges, selbst wenn in der Stadt mehrere große Betriebe sind. Aber es kann uns auch kein Mensch vorwerfen, daß wir an diese großen Betriebe nicht denken. Heute wird ein Brief der ÖVP weggehen, wo wir den Landeshauptmann ersuchen, sowohl der Förderung der Großbetriebe als auch der Kleinbetriebe das Augenmerk zuzuwenden, damit die Situation in Steyr verbessert werden kann. Es geht einfach nicht, zu sagen, nur die großen sollen gefördert werden und es ist auch vollkommen falsch, zu sagen, nur die kleinen sollen gefördert werden. Die Verhältnismäßigkeit der Förderung ist das eigentliche Problem, das die Förderungsgeber verantwortungsvoll bewältigen müssen. Da hat ein Polemisieren überhaupt keinen Sinn, indem man versucht, einen, der seine Meinung sagt, fertig zu machen. Ich billige wohl zu, daß dies in gewisser Absicht zur Profilierung funktioniert, tut aber der Sache keinen sehr förderlichen Beitrag. Wenn hier schon Vorschläge zum Budget gemacht wurden, so meine ich, daß das der korrekte Weg ist. Die Erkenntnisse aus dem Nachtragsvoranschlag wurden ja schon gesagt. Diese resultieren ja aus den Veränderungen des laufenden Jahres und aus den neu aufgetretenen Notwendigkeiten. Mein Vorschlag zur mittelfristigen Budgetkonzeptierung wurde falsch verstanden. Man kann nicht die Auswirkungen des einen Jahres nicht in das andere Jahr einfließen lassen. So kann es also nicht am Thema vorbei sein, wenn jemand sagt, im diesmaligen Nachtragsvoranschlag zeigt sich die und die Zahl. Wir sehen in der Situation, daß wird im nächsten Budget nicht ganz so passen. Ja bitte, meine Damen und Herren, wo ist denn da das verklemmte Unternehmen, wenn da jetzt ein Vorschlag gemacht wird vor der Budgetsitzung zur Erstellung des nächsten Budgets. Das ist doch eigentlich die Aufgabe einer Diskussion in der Gemeinde.

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich will Sie nicht unterbrechen, so war es auch nicht gemeint. Mittelfristiges Konzept erstreckt sich meines Erachtens über mehrere Jahre. Sonst ist es ja kein mittelfristiges Konzept. So habe ich das gemeint. Das läßt sich in so einer Zeit wie heute kaum realisieren.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Das ist der Unterschied zwischen Konzept und Plan. Ein Budget ist immer ein Wirtschaftsrahmen. Dessen Veränderungen kann ich konzipieren. Oder ich kann planen. Ich kann einen Plan mir erstellen im Sinne einer Weg-

richtung oder ich kann einen Plan mir erstellen im Sinne eines Gefängnisses. Dieses Gefängnis will ja niemand hier in der freien Wirtschaft. Aber den Plan des Weges, wohin er führen soll, das ist sinnvoll, und damit beende ich meinen Beitrag.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Im großen und ganzen darf ich feststellen, daß die Differenzierungen in der Auffassung gar nicht so groß sind. Herr Gemeinderat Treml noch einmal.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Aufgrund der Debatte, die sich jetzt entwickelt hat, einerseits von der ÖVP und andererseits von der SPÖ erlaube ich mir, einige Sätze doch zu sagen. Jeder von uns hat große Sorgen aufgrund der derzeitigen Beschäftigungssituation in Steyr und daher hat es mich sehr gewundert, als vor wenigen Tagen die Fraktion christlicher Gewerkschaften ihre Bezirkskonferenz in Steyr abgehalten hat. Ich war natürlich dort nicht anwesend, aber aufgrund meiner beruflichen Tätigkeit muß ich natürlich auch solche Aussendungen genau verfolgen in Oberösterreich und bin darauf gekommen, daß gerade unter dem Vorsitzenden Steinmayr, also des Bürgermeisters von St. Ulrich, daß man dort in der Konferenz zu der Auffassung gekommen ist, nicht mehr Förderungsmittel für die Klein- und Mittelbetriebe zu fordern, sondern in der Bezirkskonferenz wurden mehr Förderungsmittel und Steuer-gelder eben für BMW verlangt. Eine ähnliche Förderung wie sie auch General Motors erhielt. Da kommt man in Widerspruch mit anderen Aussagen. Hier wäre es Aufgabe der christlichen Gewerkschafter, doch auch mehr die einheimischen Betriebe und auch die Klein- und Mittelbetriebe zu sehen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Dieser Beitrag war der letzte, soweit ich das verzeichnen kann. Bevor der Referent das Wort ergreift, nur ein kurzer Hinweis. Wir wissen doch alle, daß eine hohe Beschäftigungsquote in der heimischen Industrie eine unbedingte Auswirkung auf die heimische Gewerbewirtschaft und auf den Handel hat. Wir haben unter uns auch Leute, die vom Handel etwas verstehen, und wenn wir heute wissen, daß in den Steyr-Werken Vollbeschäftigung besteht, die übrigen Betriebe ihre Arbeitsplätze voll halten können, dann wird kein einziger Gewerbetreibender die Sorge haben brauchen, daß er nicht leben wird können mit seinem Betrieb und seinen Beschäftigten. Daher ist hier die Grundvoraussetzung in Steyr, weil es ein Industrieort ist, eine gute Auslastung der Industriebetriebe, weil in der Folge auch das Gewerbe mitlebt. Das ist eine Situation, die wir seit Jahrzehnten kennen und wir hoffen sehr, daß diese Situation sich nicht wesentlich abschwächt. Die beste Gewerbeförderung ist Vollbeschäftigung in den Industriebetrieben.

Bitte Kollege Wippersberger.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Verehrte Kollegen und Kolleginnen. Ich kann mich sehr kurz fassen. Unser Herr Bürgermeister sowie Kollege Schwarz und Kollege Pimsl von meiner Fraktion haben bereits die meisten Dinge, die heute zur Debatte gestanden sind, Stellung genommen. Zu Kollegen Wallner und Kollegen Holub muß ich schon noch sagen, daß das Kollege Holub falsch verstanden hat - oder wollte er es so verstehen. Der Kollege Pimsl hat sich gegen die Aussage des Kollegen Wallner verwehrt, ob hier über die ernste Lage der Wirtschaft gesprochen wurde, daß das die verfehlte Wirtschaftspolitik unserer Regierung ist. Das ist doch mehr als polemisch. Was wir spüren, das sind die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, die schon mehr als 8 Jahre

anhält und leider ist noch immer kein Ende dieser Weltwirtschaftskrise abzusehen. Nun zu Kollegen Eichhübl, Wegen dem Fußgängerübergang Ennserknoten darf ich Dir sagen, daß dieser mehrmals umprojektiert worden ist und ist derzeit wieder ausgeschrieben worden. Es wird sich der Gemeinderat in nächster Zeit mit dem Fußgängerübergang Ennserknoten beschäftigen. Es war sicherlich nicht unsere Schuld, der Herr Bürgermeister hat es schon erwähnt, er mußte mehrmals umprojektiert werden und ist jetzt wieder neu ausgeschrieben worden. Kollege Treml, ich bin froh, daß der Kollege Fürst sehr vorsichtig budgetiert hat mit Kollegen Stary. Auch ich war vorsichtig bei der Budgetierung. Bei einem Budgetrahmen im ordentlichen Haushalt von fast 450 Millionen Schilling, echte Einnahmenüberschreitung von 16,4 Millionen Schilling, das sind 3,67 %. Diese Budgetüberschreitung auf der Einnahmenseite ist ja wirklich sehr gering. Ich bin der Auffassung, daß da sehr gut gearbeitet worden ist. Ich bitte Sie nunmehr, den Nachtragsvoranschlag 1982 zur Beschlußfassung zu bringen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Die Diskussion ist abgeschlossen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Ich stelle somit die Einstimmigkeit des Beschlusses fest. Gegenprobe erübrigt sich. Meine Damen und Herren, wir haben den letzten Punkt der heutigen Tagesordnung beendet. Ich darf Ihnen noch zur Kenntnis bringen, daß in diesen Beschlüssen ein Betrag von S 18,071.000,-- enthalten ist. Nach meiner Uhr ist es nunmehr genau 17.45 Uhr. Wir schreiten nun zur Behandlung der Aktuellen Stunde. Frage an die SPÖ? Kein Beitrag. ÖVP? Bitte sehr, Herr Gemeinderat Holub.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ein aktueller Anlaß hat mich veranlaßt, nicht auf diesen Beitrag zur Aktuellen Stunde zu verzichten. Es geht um die Müllrotteanlage - Kläranlage. Ich habe mich um den Stand der Dinge erkundigt. Soviel ich erfahren konnte, war am 15. November hier im Haus eine Besprechung mit den verantwortlichen Beamten. Es wurde nochmals um Alternativprojekte diskutiert. Der Zeitung aber ist zu entnehmen, daß grundsätzlich die Situierung der Rotteanlage im ursprünglich geplanten Bereich eher gefährdet ist. Jetzt erhebt sich dann die Frage, was geschieht mit dem Stern aus der Kläranlage und was geschieht mit dem Projekt der Müllrotteanlage? Wenn meine Informationen stimmen, haben sich die Bürgermeister der Umlandgemeinden und der Bürgermeister der Stadt Steyr mit dem Magistratsdirektor und anderen befaßten Beamten sehr wohl in einigen Gesprächsrunden zusammengefunden, aber eine Verbändegemeinschaft wurde bis heute nicht gegründet. Ich glaube, daß es doch an der Zeit wäre, daß die betroffenen Bürgermeister sich konkret festlegen, machen wir das oder machen wir es nicht, damit endlich einmal etwas geschehen kann. Sonst sind wir in der fatalen Situation, daß wir den Klärschlamm produzieren und den womöglich auch irgendwo auf eine Deponie führen dürfen oder müssen, die uns nicht zur Verfügung steht. Das ist meiner Meinung nach ein sehr problematisches Thema. Die Bürgermeister der Umlandgemeinden haben insoferne großes Interesse, das mit der Stadt Steyr gemeinsam abzuwickeln, als man durch eine größere Anlage die Kosten vereinfachen kann. Wenn jetzt Aussagen durch die Öffentlichkeit gegeistert sind, daß die ohnehin nicht mehr so dafür sind, dann hat das nach meinen Informationen eher die Ursache, daß ihnen nicht gesagt werden kann, steht die Müllrotteanlage dort oder steht sie dort nicht. Daß diese natürlich andere Grundstücke suchen müssen für die Beseitigung ihres Mülls aus ihren Gemeinden. Ich glaube, das es ein passabler Vorschlag wäre, die Gemeinden, die im Abwasserverband zusammengefaßt sind auch in den Müllverband zusammenzubringen, damit die Verursacher des

Schlammes gleich sind mit dem Verursacher des Mistes. Das Thema scheint mir wirklich sehr dringend zu sein, weil die Umweltfragen immer brennender werden und wir wissen ja, daß wir die Mülldeponie in Hausleiten, sowie sie derzeit ist, nurmehr bis nächstes Jahr verwenden können. Ich glaube nicht, daß das mit Anfang Jänner schon zu schließen sein wird, aber im Laufe des Jahres wird doch einmal eine Klärung der Situation herbeigeführt werden müssen. Daher mein Ersuchen an den Herrn Bürgermeister, gemeinsam mit den Bürgermeistern der betroffenen Gemeinden sich ehestmöglich zusammenzufinden zu einem endgültigen klärenden Gespräch und zur Konstituierung eines entsprechenden Verbandes.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Nach der Reihenfolge der Parteien. Für die SPÖ? Herr Gemeinderat Pimsl.

GEMEINDERAT RUDOLF PIMSL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!

Auch wir von der sozialistischen Fraktion sehen mit Sorge, daß in naher Zukunft die Mülldeponie in der Nähe des Brunnenfeldes gesperrt werden muß, damit bei der Trinkwasserversorgung der Stadtgemeinde und auch der umliegenden Gemeinden, die sich auf unsere Trinkwasserversorgung vertraglich verlassen, nichts passiert. Es ist durchaus richtig und verständlich, wenn dazu aufgerufen wird, daß sich alle maßgeblichen Stellen in Stadt und Gemeinden und auch im Land zusammenfinden, um über die Verbesserung und Änderung der Situation zusammenzukommen. Ich habe in der Steyrer-Zeitung einen Artikel gelesen, wo sich in Garsten im Rahmen einer Diskussion der zuständige Landesrat Winetzhammer mit diesem Thema beschäftigt hat. Was ich hier etwas eigenartig finde, daß wir nach Befragungen hören mußten, daß von der Gemeinde Steyr niemand dazu eingeladen wurde, obwohl sehr intensiv über die Probleme dieser Stadt auch diskutiert wurde. Wenn wir diese Gemeinsamkeit in dieser Frage so herausstellen, so wäre das doch nicht eine Frage einer bestimmten Person, eines bestimmten Landesrates, sondern unser aller Anliegen. Wenn hier dann noch festgestellt wird und ich zitiere wörtlich, um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Wie Herr Landesrat Winetzhammer feststellt, wer Milliarden für die Rüstung ausgibt, muß bereit sein, auch etwas für den Umweltschutz zu tun. Auch das könnte man begrüßen, wenn nicht die Widersprüchlichkeit der Aussage im Land stünde. Denn es ist dieselbe Partei, der der zuständige Landesrat angehört, die immer wieder fordert, vom Verteidigungsministerium von der Bundesregierung mehr für Abfangjäger auszugeben als bisher der Fall war und hier polemisiert man. Wenn man ein Problem sachlich behandeln will, dann können wir das nur gemeinsam begrüßen. Aber Aussagen dieser Art tragen sicherlich nicht zur Versachlichung eines Problemes bei, sondern wir sollten gemeinsam versuchen, das Problem, das uns gemeinsam berührt, auch zu lösen.

Herr Stadtrat Wallner verläßt um 17.55 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. FPÖ zu diesem Problem?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Einen Satz dazu. Es ist so, daß wir uns von der FPÖ für dieses brennende Thema interessieren. Aber ich glaube, dazu ist schon sehr viel gesagt worden.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Kollege Treml dazu bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Mit Recht hat der Kollege Holub die Mülldeponie hier angeregt, daß man sich damit im Gemeinderat beschäftigt, weil man als Gemeinderat diese Änderung, die Schließung der derzeitigen Mülldeponie von der Presse erfahren mußte. Diese Methode sollte man sich doch wieder abgewöhnen, weil wir den Zustand schon längere Zeit kennen und ich glaube, daß es notwendig ist, bevor man die Öffentlichkeit informiert, man schließt und unser Müll kommt im Raume Valentin irgendwie zur Deponie, so schreckt das natürlich die Bevölkerung auf, denn die stellt dann sofort die Kostenfrage. Dazu kann ich jetzt nicht mehr sagen. Ich weiß es ja auch nur aus der Presse. Aber sicherlich wird unser Bürgermeister all diese Anregungen bzw. die Debattenredner zusammenfassen und uns heute schon eingehender informieren.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren!

In der Aktuellen Stunde stehen dem zuständigen Stadtreferenten, dem Bürgermeister Wortmeldungen zu und ich habe gerade geschaut, ob auch ein Beamter das Wort ergreift. Den mit dem Thema von der Beamtenseite in letzter Zeit am meisten beschäftigten Beamten, Herrn Senatsrat Dr. Knapp, unter Umständen zu ersuchen, seine Erklärung abzugeben, und zwar nach meiner Wortmeldung.

Meine Damen und Herren! Trotz der fröhlichen Miene, mit der ich hier zum Pult trete, ist es durchaus ein sehr ernst zu nehmendes Thema, das jetzt angeschnitten wurde in der Aktuellen Stunde. Und zwar aus mehrfacher Hinsicht. Auf der einen Seite möchte ich nochmals sagen, die Stadt Steyr ist sich ihrer Aufgabe hier voll bewußt, eine sichere Müllentsorgung für die Bevölkerung zu garantieren. Wir sind uns aber dessen genauso bewußt, daß dies ein sehr teures Unterfangen ist und vor allem in der Technologie gewisse Schwierigkeiten erbringt. War es früher die Mülldeponie, so wie wir sie heute noch besitzen, ist inzwischen der Begriff Müllrotteanlage aufgetreten, wieder überholt von einer Kompostieranlage, ein Endprodukt - dies ist ein sehr qualitatives Produkt - zur Verfügung stellt. Aber der Prozeß zwischen der Müllanlieferung und dieser Blumenerde ist ein sehr kostspieliger. So hat man sich auch wieder damit beschäftigt in letzter Zeit, ob man nicht im Zuge der Müllverbrennung eine Fernwärme erzeugen kann, die wiederum nutzbar wäre für die Beheizung von Häusern. Hier kommt noch hinzu, was bei allen diesen Vorhaben mitspielt als Nebeneffekt. Was bei der Verbrennung doch etwas stärker in den Vordergrund tritt, das ist das Auftreten von Immissionen, die den Bürger sehr stark belasten, nämlich durch die auftretenden Abgase und Geruchsbelästigungen. 70 Gemeinden waren es ursprünglich, die in den Bezirken Steyr-Stadt, Steyr-Land, Kirchdorf und teilweise Linz-Land hier erfaßt wurden als Interessenten für diese Müllverarbeitungsanlage. Kirchdorf hat inzwischen eine eigene Lösung gesucht. Ob sie diese schon gefunden haben, das weiß ich nicht. Jedenfalls sind sie ausgeschieden. Warum es heute noch nicht so weit ist, daß man konkrete Vorschläge unterbreiten kann oder Pläne erstellen kann oder Entsprechende Anträge hier im Gemeinderat auf Finanzierung stellen kann, hängt auch damit zusammen, daß das Land Oberösterreich damals es übernommen hat, die Planungsunterlagen zu beschaffen. Es wurde das Büro des Dipl.-Ing. Müllberger in Zell am See beauftragt. Diese hatten auch Gelegenheit, diese Anlage zu besichtigen. Dieses Büro Müllberger war beauftragt mit einer Erstellung der Planunterlagen und einer Ausschreibung über das System. Das System wurde dann eingegrenzt auf das VOEST-System und auf das Ruthner-System. Inzwischen hat sich aber gezeigt, daß diese Größenordnung für die hier genannten Gemeinden einen Finanzierungsaufwand von nahezu S 140 Mio erfordert hätte, sodaß hier das

Land wieder zurückgeschreckt hat und man sich einer anderen Art, einer anderen Größenordnung, also eines anderen Systems bedienen will. Wir sind in dieser Frage sicherlich überfordert, denn Steyr hat überhaupt keine Erfahrung mit der Müllverarbeitung. Wir haben nur die bedauerlichen Erfahrungen aus der Mülldeponie. Aber darum müssen wir uns einer übergeordneten Stelle bedienen, wo man schon aus dem Land Oberösterreich und aus dem österreichischen Raum Erfahrungswerte gesammelt hat, was mit einer Müllverarbeitung, gleich welcher Art sie ist, alles entstehen kann. Wir sind selbst äußerst interessiert, so rasch als möglich zu einer Entscheidung zu kommen. Wir können diese Entscheidung nicht allein als Stadt Steyr treffen. Selbst dann, wenn wir im Rahmen des Reinhaltungsverbandes - insgesamt 7 Gemeinden, ohne Behamberg 6, das ja bekanntlich in Niederösterreich liegt, zusammenfinden, werden wir vermutlich nicht jene Schlammmenge verarbeiten können, die in der Großkläranlage dann entsteht aus diesen Gemeinden, weil der Schlamm größer sein wird, als diese Gemeinden bei der Müllverarbeitung benötigen werden, um eine entsprechende Kompostierung oder sonst ein Endprodukt erreichen zu können. Ich möchte das ohne politischen Beigeschmack sagen, aber mich berührt es selbst etwas unangenehm, daß der Herr Landesrat Winetzhammer, mit dem ich glaube, ein sehr persönliches Gesprächsverhältnis zu besitzen, schon im März 1981 in einer Aussendung der ÖVP - und zwar als Hauswurfsendung, es ist zu mir in die Wohnung gekommen - und in einem Artikel erklärt hat, im Herbst wird die Müllanlage zu bauen begonnen. Wir sind jetzt im Spätherbst 1982. Es ist in dieser Sache überhaupt kein Griff in die Erde zu einem Baubeginn zu bemerken, ja nicht einmal bis heute sind wir im Besitz von Planunterlagen, die uns gestatten würden, endlich wieder einmal Anträge im Gemeinderat einzubringen, um die Mittel aufzuwenden, die dazu erforderlich wären. Ich bin daher auch erstaunt gewesen, daß ich am Dienstag vom Bürgermeister von Garsten in einem Gespräch erfahren habe, daß dort ein Podiumsgespräch stattfindet über die Frage der Müllentsorgung in diesem Bezirk. Des weiteren steht fest, daß eine Dauerlösung mit der Mülldeponie sicherlich nicht möglich sein wird und daß wir bereits im Gespräch sind, mit anderen Entsorgungsstätten, um dort im Wege der Deponie eine Übergangslösung zu finden, bis es eben hier in Steyr oder in der nächsten Umgebung zur Errichtung einer Verarbeitungsanlage kommen kann. Solche Gespräche sind ja nicht leicht zu führen. Es hat Kollege Wippersberger hier ja bereits vorgefühlt. Wir dürfen sehr froh sein, auch dann, wenn die Anmarschwege länger sind, wenn es gelingt, einerseits unsere Mülldeponie zu entlasten von weiteren Müllmengen und andererseits werden wir noch erhebliche Mittel aufbringen müssen um die bestehende Mülldeponie mit entsprechenden Sicherheitsmaßnahmen zu versehen und die Gefahren in unserem Brunnenschutzgebiet von vornherein zu unterbinden. Ich möchte aber etwaigen Gerüchten vorbeugen, es besteht derzeit überhaupt keine Ursache, von einer Gefahr in unserem Wasseraufkommen zu sprechen, denn wir haben laufend Sonden zur Kontrolle. Es zeigt sich im Wasseraufkommensgebiet derzeit überhaupt keine Schädigung des Grundwassers, sodaß das für uns nur erfreulich sein kann. Aber das entbindet uns in keiner Weise von den notwendigen Vorsorgen und die erste Vorsorge ist die Findung einer neuen Ablagerungsstätte, damit wir dann rasch zu einer Entscheidung in der Frage der Verarbeitungsanlage kommen. Viel schwieriger wird die Frage vielleicht noch für die Umlandgemeinden, denn diese lagern heute alle ihren Müll auf unserer städtischen Deponie ab. Wir wissen auch, daß die Finanzen dieser Gemeinden gar nicht so gut bestellt sind, sodaß es für sie, wenn sie sich weiter weg eine Deponie suchen müssen, dann auch zu größeren Sorgen kommen wird. Ich möchte nun mit dem Hinweis schließen: das Kostbarste, das wir besitzen,

ist unser Trinkwasser und alle übrigen Maßnahmen müssen sich dieser Ansicht beugen. Es ist nur eine Frage, ob es nicht auf Dauer möglich ist, andere Trinkwasservorkommen zu erschließen. Nicht zuletzt denke ich dabei an Tinsting, das bereits - so glaube ich - gerade läuft und dort eine Schüttung von ca. 27 l/sec mit einer Maximalförderungs menge später im Vollausbau von 60 l/sec erreichbar wäre. Das reicht aber noch lange nicht aus, um uns zu versorgen, sondern hier wäre es denkbar, daß man im Zuge des Projektes Reichramingbach unter Umständen auch ein größeres Trinkwasservorkommen zur Verfügung hätte, das nicht nur die Stadt Styr, sondern auch unter Umständen die Anrainergemeinden ihrer Sorgen entheben könnte in bezug auf das Trinkwasser. Ich glaube nicht, daß es jetzt am Platz wäre, mit Gefahren zu operieren, die nicht existieren, aber die Sicherheitsvorkehrungen sind zu treffen, das steht außer Zweifel, da ansonsten die Gefahr, die hier nur bei dem einen oder anderen Sorge auslöst, eines Tages tatsächlich da sein könnte. Dem wollen wir gemeinsam alle vorbeugen.

So meine Damen und Herren, ich habe, glaube ich, meine Zeit ein bißchen überzogen. Ich darf nunmehr ersuchen, wer sonst noch von den zuständigen Referenten sprechen will. Darf ich also annehmen, daß diese angeschnittene Frage in der Aktuellen Stunde eine ist, die uns alle berührt, wo wir sicherlich gemeinsam sehr interessiert sind, sie zu lösen und damit kann ich diese Aktuelle Stunde, die keine Stunde gedauert hat, beenden. Ich danke Ihnen für die Mitwirkung im Bereich der Gemeinderatssitzung. Sie ist damit auch abgeschlossen.

Ende der Sitzung: 18.05 Uhr

VORSITZENDE:

Bürgermeister Franz Weiss e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Walter Radmoser e. h.
VB Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Josef Radler e. h.
Erich Sablik e. h.